

Bezugspreis:

Bezugspreis: Vierteljährlich 30,- M., monatlich 10,- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97

Sonnabend, den 10. September 1921

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753-54

Stimmen der Vernunft in Genf.

Genf, 9. September. (W.T.B.) Die heutige Sitzung der Völkerverammlung, die um 10 1/2 Uhr unter dem Vorsitz von Karsens eröffnet wurde, beschloß, den Wunsch Lord Robert Cecil's bezüglich der Öffentlichkeit der Ratssitzungen erst am Ende der Debatte über die Berichte des Rates zu diskutieren, ihn, wie bereits mitgeteilt wurde, einer Kommission zu überweisen und erst nach Berichterstattung der Kommission in der Versammlung zu besprechen.

Der Delegierte

Casontaine

(belgischer sozialistischer Senator, Red.), der bereits im vorigen Jahre mit Wucht und Frische gegen das vorsichtige Zögern der Diplomaten eintrat, entwarf ein eindrucksvolles Bild der schwierigen Weltlage. Wir erleben, so führte er aus, einen Niedergang. Das Ende und eine Lösung ist noch nicht gefunden.

Überall herrscht Elend.

Sechs Millionen Arbeitslose in den Vereinigten Staaten, 30 Millionen Hungernde in Rußland, ein hinziehendes Armenien, ein Hilferuf der Georgier, Griechen und Türken mochten einander, ohne daß die Welt den Mut hat, einzugreifen. Die Bemühungen sind auf das Schlimmste gefährdet und gehindert. Leider findet man von jenen Tendenzen, die die Welt bewegen, nichts im Bericht, weil er von dem Generalsekretär und seinen Beamten verfaßt ist. Von dem Bericht selbst stellte der Redner fest, daß der

Völkerbund keinen Fortschritt gemacht

haben. Die Ratifikationen für den internationalen Gerichtshof sind nur zögernd eingetroffen. Nur zwölf Staaten wollen die Klausel unterzeichnen, die den Gerichtshof obligatorisch macht. Die Welt sei beherrscht von Mißtrauen in den Mächten, wie auch bei den Regierenden.

Tiefen Eindruck machte der Redner, als er an die gestrige Darlegung Lord Robert Cecil's über die beschleunigte Abrüstung erinnerte und ein Bild des Schreckens eines künftigen Krieges entwarf. Was auch der Weltkrieg Entsetzliches hatte, mehr als man sich je gedacht hat, so wird doch der künftige Krieg an Schrecken und Entsetzen unsere Vorstellungen übersteigen. Man braucht sich nur die furchtbare Wirkung der Luftschiffahrt im Krieg vorzustellen, die ganze Städte und ihre Bevölkerung vernichtet, Frauen, Kinder und Greise. Das muß endlich gesagt und von aller Welt beachtet werden. Es muß sich überall ein so großer Protest gegen den Krieg erheben, daß auch in dieser Versammlung der Wille entsteht, den Schrecken des Krieges ein Ende zu machen. Die wirtschaftliche und finanzielle Hilfe der Welt erhalte ihn ebenfalls mit starkem Pessimismus. Die Völker würden aufs Schlimmste zu leiden haben, vor allem an den Folgen der Kriegsanleihen. Das sei eine Ungerechtigkeit, und man müsse sich fragen, ob nicht die Gerechtigkeit verlange, daß diese

Schulden vom Völkerbund übernommen

werden. Casontaine hielt diesen Plan nicht für eine Utopie. Die Länder, die nicht am Kriege teilgenommen haben, und solche, die geringere Verluste erlitten haben, müßten den anderen Ländern zu Hilfe kommen. Im Zusammenhang mit dieser Anregung kam der Redner auf den bereits früher von ihm vertretenen Gedanken der Bildung eines Weltmarktes, auf die Unterdrückung der Zollgrenzen unter den Völkern zu sprechen, einem Plan, den man noch für einen Traum halte. Der nationale Egoismus sei gegenwärtig auf dem Höhepunkt angekommen. Die Völker müßten diesem Zustand ein Ende machen.

Die schwungvoll vorgetragene Rede fand lebhaften Beifall.

Der norwegische Delegierte

Kansen

beschränkte sich nach kurzen Worten über die wünschenswerte Öffentlichkeit aller Völkerverhandlungen auf die Betonung der Notwendigkeit, möglichst die

Diplomatie überhaupt auszuschalten

und größere Sparsamkeit im Völkerbund wälten zu lassen. Er wandte sich dann der russischen Frage zu, die er als die wichtigste Frage der Gegenwart kennzeichnete. Er bedauerte, daß der Bericht des Rates dieser unauflösbaren Frage mit keinem Worte erwähnte, trotzdem das russische Problem das ernsteste sei, mit dem sich die Welt zu beschäftigen habe. Er sagte wörtlich:

Europa kann nicht ohne Rußland leben.

Da seine wirtschaftliche Notwendigkeit für Europa bereit ist, daß alle Leistungen unseres Erdbeiles, sich wieder aufzurichten, zu einem Nisbergfolg beurteilt sind, wenn wir nicht Rußland zu Hilfe kommen.

In seiner Eigenschaft als Oberkommissar der Genfer Roten Kreuzkonferenz für Rußland hat Kansen tiefen Einblick in das Elend dieses großen Reiches erhalten. Wenn man von Moskau an der Wolga entlang, nach dem Kaukasus niedersteigt, sieht man das furchtbare Elend. Hier ist die ganze Ernte vernichtet, für Vieh und Mensch blieb nur ein halbes Pfund Getreide täglich. Kansen prüfte die bereits bekannten Vorschläge zur Hilfeleistung und wies dann den Einwand zurück, daß die Angaben der russischen Regierung über die Zustände im Lande kein Vertrauen verdienen.

Er erklärte in kategorischer Weise, daß man bei der Durchführung des Hilfswerts sich in jeder Weise auf die Sowjetregierung verlassen könne. Er habe bereits bei den Verhandlungen über die Rückbeförderung der Kriegsgefangenen die Erfüllung gemacht, daß die Sowjetregierung streng ihre Verpflichtungen erfülle. Trotz des Kriegszustandes habe sie mehr als die versprochene Anzahl Gefangener heimtransportiert. Auch die Kleider für die Kriegsgefangenen sind trotz des ungeheuren Wertes, den die Bekleidungsstücke in Rußland haben, stets unter die ausländischen Soldaten verteilt worden. Es könne daher kein Zweifel darüber bestehen, daß die Sowjetregierung leistungsfähig sei. Diese Erklärungen machten tiefen Eindruck in der Versammlung und auf der Tribüne.

Wird die Welt Rußland zu Hilfe kommen? fragte Kansen, und er antwortete mit der Feststellung, daß die amerikanischen Hilfsgesellschaften gemeinsam mit der Roten Kreuz-Organisation und der Internationalen Organisation für Kinderhilfe bereits Bewundernswertes getan haben. Außerdem hätten verschiedene Regierungen schon auf die Hilferufe gehört. Kansen erklärte sich glücklich, darunter die Regierungen Schwedens, Norwegens, Dänemarks, Estlands, Litauens und Deutschlands

nennen zu können, die sofort Lebensmittel geschickt haben und ihre Absicht äußerten, der russischen Bevölkerung zu Hilfe zu kommen. Ungeheure Eile sei aber geboten, wenn man noch den wichtigen Wasserweg der Wolga benutzen wolle, bevor er zufriere. 20 000 bis 30 000 Menschen schweben in Gefahr. Drei gute Ernten genügen, um Rußland wieder hochzuziehen. Kansen sagte mit erhobener Stimme: Ein Teil der Menschheit muß dem anderen zu Hilfe kommen. Wir dürfen nicht mehr warten. Die Zeit drängt, unsere Verantwortung steht auf dem Spiel.

Die Versammlung nahm die Rede Kansen's mit starkem Beifall auf. Kansen brachte dann folgende Entschliessung ein: Die Versammlung überweist einem Ausschuss das Problem der Hungersnot, richtet einen dringenden Aufruf an die Regierungen, damit sie die notwendigen Kredite gewähren und fordert den Völkerbund auf, internationale Kreditorganisationen zur Verfügung zu stellen zum Zweck der Verwendung der verfügbaren Summen und der Kontrolle der von der russischen Regierung als Garantie und Bürgschaft gelieferten Pfänder.

Es entbehrte nicht eines gewissen Reizes, daß der einzige der drei Redner, der bestimmte konkrete politische Fragen anschnitt, der persische Delegierte

Cosjah-el-Dauleh

war. Unter dem Beifall eines Teiles der Versammlung stellte er fest, daß in der Abrüstung noch nicht viel geschehen sei und deshalb die Welt die Augen auf Washington richte, damit die modernen Kriege, die

aus unserer Jugend eine Blasfugend

machten, ein Ende fänden. Hierauf kritisierte er besonders energisch die Tätigkeit des Völkerbundes im griechisch-türkischen Krieg, fragte, warum der Völkerbund diese Zustände dulde, und forderte ihn auf, seine Vermittlung anzubieten. Er führte noch aus, daß man die oberschlesische Frage gerecht regeln müsse, die zu einem europäischen Skandal geworden sei und von der ein großer Teil des Friedens Europas abhängt.

Hierauf schloß der Präsident die Versammlung um 12 Uhr, nachdem er mitgeteilt hatte, daß noch sechs Redner das Wort zum Bericht des Völkerbundes verlangt haben.

Die englischen Gewerkschaften gegen die Kriegsbeher.

London, 8. September. (W.T.B.) Auf dem Gewerkschaftskongress in Cardiff erklärte der ehemalige Präsident der Bergleute Smille, die Lösung des Abrüstungsproblems hänge von der internationalen Einigkeit der Arbeiter ab und davon, ob ihr erbitterter Kampf stark genug sei, um sie gegen ihre Regierungen mißtrauisch zu machen. Die Gewerkschaft der Bergarbeiter habe beschlossen, im Falle eines drohenden internationalen Krieges die Bergarbeiter aller Nationen zu einer Konferenz zusammenzubringen, um eine sofortige Stilllegung der Arbeit aller Bergarbeiter der Welt zu erreichen. Diese Entschliessung sei mit überwältigender Mehrheit angenommen worden.

Des Weiteren drückte der Cardiffer Gewerkschaftskongress in einer Entschliessung sein tiefstes Mitgefühl mit dem russischen Volke in seinem augenblicklichen Unglück aus und forderte die britischen organisierten Arbeiter auf, das russische Volk finanziell bis zum äußersten zu unterstützen. Der Generalkrat wurde in der Entschliessung aufgefordert, einen Fonds zur Bekämpfung der russischen Hungersnot zu gründen. Die britische Regierung wurde aufgefordert, die russische Regierung anzuerkennen.

Der Nachfolger des Reichskommissars von Stark. Dem als Reichskommissar für die besetzten Gebiete in Koblenz in Aussicht genommenen Fürsten Hahfeld-Wildenburg ist seitens der Botschafterkonferenz das Agrément erteilt worden.

Stockholm und Genf.

Von Adolf Köster.

Der unlängst in Stockholm beendete 19. Kongress der Interparlamentarischen Union war zum ersten Male von Mitgliedern der deutschen Sozialdemokratie besucht. Das ist ein Zeichen nicht nur für das wachsende Verantwortungsbewußtsein innerhalb unserer deutschen Partei, sondern auch für die zunehmende praktische Bedeutung, die den Arbeiten der Interparlamentarischen Union seit der Entstehung des Genfer Völkerbundes zukommt. Das Ziel der Interparlamentarischen Union, die vor dem Kriege eine nur lose zusammenhängende Vereinigung von Parlamentariern aller Länder mit weit überwiegend bürgerlichem Einschlag war, muß sein, sich das zu schaffen, was ich in Stockholm eine „legitime Repräsentation“ genannt habe, d. h. sich zu einer Art Volkskammer des Genfer Völkerbundes zu erweitern, hinter der nicht nur die beschränkte Anzahl der mehr oder minder zufällig starken nationalen Gruppen der Interparlamentarischen Union, sondern die gesamten nationalen Parlamente der einzelnen Länder geschlossen stehen. Das wird sie nicht am wenigsten dadurch erreichen, daß ihr vorwärtstreibender, heute noch schwacher proletarischer Flügel kräftig und dauernd verstärkt wird. Das kann und muß ermöglicht werden.

Wenn die der zweiten Arbeiterinternationale angeschlossenen nationalen Arbeitergruppen in ihren eigenen Ländern mit der bürgerlichen Demokratie zusammenarbeiten, können und dürfen sie auch auf dem Gebiete internationaler Abrüstungs- und Friedenspolitik die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Anhängern einer internationalen Rechtsordnung nicht zurückweisen. Die Würde und die unvergleichliche Bedeutung unserer proletarischen Arbeiterinternationale wird dadurch nicht beeinträchtigt. Unsere Genossen in den skandinavischen Ländern haben seit vielen Jahren das Werk der Interparlamentarischen Union gefördert. Unsere Stimme wird um so gewichtiger sein, je aktiver wir uns in Zukunft an ihren Arbeiten beteiligen. In Stockholm waren außer den drei skandinavischen Staaten nur noch Deutschland und Holland durch Abgeordnete der Sozialdemokratischen Partei vertreten. Alle übrigen Delegierten gehörten den konservativen und liberalen Gruppen der verschiedenen nationalen Parlamente an. Die belgische und französische Bruderpartei blieb bedauerlicherweise dem Kongress fern, nachdem durch eine bürgerliche Zufallsmehrheit in ihren nationalen Gruppen ein bedingungsloses Zusammenarbeiten, ja, ein Zusammentreffen mit den Deutschen ohne vorausgegangenes nochmaliges deutsches Schuldbekenntnis abgelehnt worden war. Durch diesen Eigeninn bürgerlicher Parlamentarier ist das Ansehen Belgiens und Frankreichs nicht gefördert, die Stoßkraft der Stockholmer Beschlüsse bedauerlicherweise geschwächt worden. Wir Deutsche hoffen, daß der nächstjährige Kongress der Interparlamentarischen Union nicht nur eine geschlossene Beteiligung aller wichtigen, ehemals feindlichen Völkervergruppen, sondern auch eine starke Vertretung der europäischen Sozialdemokratie bringen wird — zum Wohle der europäischen Arbeiterbevölkerung und im Interesse der großen Friedensgedanken, für welche die Interparlamentarische Union seit Jahrzehnten kämpft.

Der Kern der Stockholmer Verhandlungen bestand nicht in den verschiedenen Kompromißbeschlüssen, mit denen sie äußerlich endeten, sondern in der Tatsache, daß hier eine große Anzahl zum Teil führender Parlamentarier aus Amerika, England, Italien, Japan, Deutschland, den nordischen und anderen mittleren und kleinen Staaten zum ersten Male unabhängig von ihren Regierungen zusammenkamen und in einem lediglich nach vorwärts gerichteten Geiste der Veröhnung und der Verantwortung Mittel und Wege suchten, neben dem als Regierungsorgan wirkenden Genfer Völkerbund und über seine zurzeit politisch begrenzten Wirkungsmöglichkeiten hinaus dem Friedenswillen der Parlamente, d. h. der durch sie repräsentierten Volksmassen energisch und selbstbewußt Geltung zu verschaffen. Wenn auch nicht alle Reden in Stockholm von diesem vorwärtstreibenden Willen Zeugnis ablegten, und wenn auch die gestiftete betonte Zurückhaltung der amerikanischen Delegierten in allem, was die spezifische Formulierung des Völkerbundgedankens in Genf betraf, die Arbeit nicht erleichterte, so war doch in der Sache die große Mehrheit des Kongresses darin einig: Der Völkerbund von Genf ist lediglich ein Anfang — er muß universal sein oder er wird nicht sein —, auch für diejenigen, die wie wir Deutsche noch nicht hineinwollen, oder wie die Amerikaner noch nicht hineinwollen, steht fest, daß der Völkerbund nur dann seine Aufgaben erfüllen kann, wenn er aus den politisch-egoistischen Eierschalen, die heute noch an ihm hängen, sobald wie möglich befreit und zunächst einmal zu einer wirklichen und reinen Rechtsinstanz und Rechtsgemeinschaft ausgebaut wird.

Es war sachlich zweifellos einer der Höhepunkte des Kongresses, als der deutsche Delegierte Schücking in zwei-maligen Ausführungen mit der ganzen Autorität, die ihm sein tiefes, völkerrechtliches Wissen und sein jahrzehntelanger topferer Kampf für den internationalen Rechtsgedanken verleihen, für diese Entpolitisierung des Genfer Völker-

hundertwerke sich einsetzte. Er tat es, indem er gleichzeitig einen warmen Appell an die amerikanische Delegation richtete, dafür zu sorgen, daß Amerika durch Beitritt zu dem unvollkommenen Werte von Genf die Möglichkeit schaffe, dieses Wert selber weiter zu entwickeln. Wer da weiß, daß die amerikanische Opposition gegen den Genfer Völkerbund von Anfang an in der Befürchtung wurzelte, Amerika möchte durch Beitritt zum Völkerbund in einen politischen Pakt verstrickt werden, anstatt daß es lediglich eine Rechtsinstanz anerkannte, der wird verstehen, daß Schlichtung hier an die einzige praktische Möglichkeit rührte, Washington mit Genf in Harmonie zu bringen. — daß er mit seinem Appell, der sicherlich nicht im Sinne Clemenceaus, wohl aber hoffentlich im Sinne der großen Mehrheit des amerikanischen Volkes war, wahrhaft praktische Politik trieb. Denn der Völkerbund, nach dem die Welt sich sehnt, darf nicht die Clemenceausche Versicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit sein, die den Staatenbesitz der Sieger von 1918 garantiert. Er darf freilich ebensowenig von den Angehörigen der besiegten Mächte lediglich als das politische Instrument angesehen werden, durch das sie ihre verlorenen Territorien wiedergewinnen. Er soll zu einer lebendigen Rechtskultur und Arbeitsgemeinschaft werden, die die natürlichen Kräfte keiner Nation hindert, aber Ventile und Regulatoren schafft, durch welche die Übertragung aller wirtschaftlichen und politischen Konflikte durch Wassengewalt auf ein Minimum reduziert, wenn nicht unmöglich gemacht wird.

Der Genfer Völkerbund in seiner heutigen Gestalt stellt diese Gemeinschaft nicht dar. Den Willen zu dieser Gemeinschaft zu schaffen, reicht auch kein Bündnis einer Anzahl von Regierungen aus, als welche sich der Völkerbund von Genf heute darstellt. Diesen Willen zu schaffen, ihm eine Stütze zu geben, die den Apparat der Regierungsbureaucratie von Genf lediglich umgestaltet, dazu bedarf es der Stütze der großen Massen, die, zusammengefaßt in ihren Parteiführer und Parlamentsvertretern, über die Grenzen ihrer Länder hinweg sich die Hand reichen und als internationale Volkstammer gleichberechtigt den lebendigen Völkerbund von unten schaffen, der ihnen bisher nur unvollkommen und verzerrt von oben aufoktroiert war. Wenn die Interparlamentarische Union sich auf diese ihre Kernaufgabe energisch besinnt, wird sie das erhalten können, was ihr heute noch fehlt: Die Macht, die vom Reden zum Handeln schreitet.

## Aufhebung von Zeitungsverboten.

### Der Reichsrat gegen „rückwirkende Kraft“.

Am Freitag nachmittag tagte im Reichsministerium des Innern unter Vorsitz des Reichsministers Dr. Gradnauer der Ausschuh des Reichsrats, der auf Grund des § 6 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 über die Beschränkung der verbotenen Zeitungen zu entscheiden hat. Die beschwerdeführenden Zeitungen waren vertreten. Es wurde insbesondere die Rechtsfrage behandelt, ob der Verordnung des Reichspräsidenten „rückwirkende Kraft“ innewohne. Von seiten der Beschwerdeführer wurde darauf hingewiesen, daß sowohl § 2 des Strafgesetzbuchs als auch Artikel 116 der Reichsverfassung einer Interpretation widerstehen, die der Verordnung des Reichspräsidenten rückwirkende Kraft verleihe. Es wurde auch betont, daß die Fassung des Wortlauts der Verordnung einer solchen Auslegung widerspreche.

Der Vertreter des Reichsjustizministeriums führte aus, daß zwei Fragen zu beantworten seien:

Erstens, ob Verordnungen rechtlich zulässig seien, die Rechtsfolgen an Ereignisse knüpfen, die vor Inkrafttreten der betreffenden Verordnungen liegen, und zweitens für den Fall der Bejahung der Frage, ob der Reichspräsident von dieser Befugnis Gebrauch gemacht habe.

Beide Fragen seien zu bejahen, denn es handle sich nicht um eine Strafmaßnahme, sondern um eine vorbeugende Verwaltungsmaßregel. Für den Erlaß einer Verwaltungsmaßnahme sei es ausreichend, wenn auf Grund der früheren Haltung eines Blattes zurzeit noch eine Gefahr bestehe oder für die Zukunft zu befürchten sei.

## „Futura“.

In seinem Roman „Dorothee“ erzählt Willibald Alexis von einer Gelehrtenstadt mit Namen Futura, die der Holländer Benedikt Stutte zur Zeit der Regierung des Großen Kurfürsten rings um die damals noch in träumerischer Waldelsamkeit belegenen Müggelberge errichten wollte. Alle wegen ihres religiösen, wissenschaftlichen oder politischen Glaubensbekenntnisses Verfolgten und heimatlos gewordenen sollten hier eine Zufluchtsstätte finden und sich zur gemeinsamen Verständigung der lateinischen Sprache bedienen, da ja die Weltsprache Esperanto noch nicht erfunden war. So schön sich das Projekt anhörte, war es aber von dem geschäftstüchtigen Holländer doch nur für geldbeschwerte Fischlinge, wie wir sie ja auch heute wieder infolge des Krieges nicht zu knapp in Deutschland haben, ausgeheilt. Für Arme wäre wohl in den stolzen Müggelbergen, von einer frühwollen Kurfürstendynastie auf der Bergeshöhe etwa an der Stelle der heutigen Bismardwarte überragt werden sollten, kein Platz gewesen. Der Große Kurfürst, wie alle seine Vorfahren und Nachkommen dem Prunk nie abgeneigt, wollte die Ideen des holländischen Phantasten nach Möglichkeit fördern, aber der vorsichtige Minister von Bonin soll zu Serenissimus kurz und bündig gesagt haben: „Eerst wollen wir die Kunst und Siedlungslust der reichen Fischlinge abwarten, dann ist es zum Bauen immer noch Zeit genug.“ Natürlich suchten sich die Auswanderer, die zwar die Heimat verloren, aber den Geldsack gerettet hatten, schönere deutsche Plätze aus, und so ist die Gründung der Allerweltstadt Futura am Fuße der Müggelberge glücklicherweise ein Traum geblieben. Sonst wäre uns auch dieses schöne Fleckchen märkischer Natur längst mit Mauersteinen und Prophanalleen verrammelt.

Vor zehn Jahren tauchte dieses alte kurfürstliche Bauprojekt aus der Versenkung empor, als der Forstjäger die Anlage der bekannten Uferbahn gegenüber den Müggelbergen von Grünau nach Schmiedmühl genehmigt hatte. Jetzt wird „Futura an der Dahme“, am linken Ufer der Wendischen Spree, zur Wahrheit werden, hieß es. Reiche Leute werden, angetanzt von der guten Verkehrsgelegenheit, hier massenhaft ihre Villen bauen und den ganzen waldumgäumten Strand bis nach dem Seddensee hinaus erobern. Auch das hat sich trotz der Benzalbahnen, die mitten durch die Kiefern ihre eiserne Linie zieht, nicht bewahrheitet. Der Wald am Ufer ist den aus dem steinernen Häufwerk flüchtenden Erholungssuchenden in fast unverfälschter Schönheit erhalten geblieben, und wohl noch lange wird es so bleiben.

Regt sich aber nicht allerorten etwas anderes, das uns wieder an „Futura“ erinnert? Kein Fürst von Gottes Gnaden, kein Geldprophet, kein Geschäftshaber und Projektentwerfer baut die neuzeitliche Kleinstadt der Gegenwart und Zukunft. Das Volk selbst, nach dem Glend des Krieges durch Revolution und Wohnungsnot zu um so größerer Tatkraft erwaucht, hat es in die Hand genommen, sich gesunde, menschenwürdige Wohnungen zu bauen und nicht mehr

sei. Es sei auch zulässig, zum Beweis für eine bestehende Gefahr auf frühere Ereignisse zurückzugreifen.

Artikel 116 („eine Handlung kann nur dann mit einer Strafe belegt werden, wenn die Strafbarkeit gesetzlich bestimmt war, bevor die Handlung begangen wurde“) komme deshalb hier nicht zur Anwendung. Der Wortlaut der Verordnung des Reichspräsidenten lege nicht den Wert auf einzelne Artikel oder einzelne Nummern, sondern auf den Gesamteinhalt der Druckschrift, auf das Bild, das die Druckschrift nach ihrem Gesamtcharakter biete.

Durch Bezugnahme auf den Inhalt soll die Druckschrift charakterisiert werden. Diese Auslegung werde gestützt durch den § 4 der Verordnung, nach welchem Versammlungen usw. verboten werden können, wenn die Besorgnis von Gefahren für den Staat bestehe. Daß diese Besorgnis begründet werden könne durch Ereignisse, die vor Erlaß der Verordnung liegen, stünde wohl außer Zweifel. Endlich spreche der Zweck der Verordnung für die vertretene Auffassung, da es ihre Aufgabe sei, vorhandenen Gefahren zu begegnen, ohne abwarten zu müssen, daß aus der Gefahr ein Schaden für den Staat sich ergebe.

Nach längerer Beratung des Ausschusses verkündete Reichsminister Dr. Gradnauer folgende Entscheidung:

„Der Ausschuh hat mit Mehrheit seiner Mitglieder beschlossen: Es kann dahingestellt bleiben, ob nicht schon der Art. 116 der Reichsverfassung die rückwirkende Kraft der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 ausschließt. Es kann auch sonst dahingestellt bleiben, ob die Verordnung sich eine rückwirkende Kraft hätte beilegen können. Jedenfalls ist der Ausschuh der Auffassung, daß nach dem Wortlaut der Verordnung Verbote nicht ergehen könnten wegen des Inhalts periodischer Zeitschriften vor dem Erlaß der Verordnung. Das Verbot der betreffenden sechs Zeitungen wird daher aufgehoben.“

Es handelt sich um folgende Zeitungen: „Deutsche Zeitung“, „Deutsches Abendblatt“, „Deutsches Tageblatt“, „Süddeutsche Zeitung“, „Hamburger Warte“ und „Heimatsbote“ in Gera.

Die Reaktion hat einen ersten Sieg gegen die Verordnung der Reichsregierung erfochten. Der Reichsrat, die Vertretung der Länder, in dem die gegenwärtigen reaktionären Regierungen von Preußen und Bayern tonangebend sind, hat den Schlag für sie geführt. Freilich ist die Entscheidung des Reichsratsausschusses nur für bestimmte Fälle der Gegenwart von Bedeutung, nämlich für die Blätter, die auf Grund ihrer Schreibweise vor Erlaß der Verordnung verboten worden sind. Die normale Anwendung der Verordnung auf Blätter, die erst nach Erlaß der Verordnung Verstöße gegen sie begangen haben, wird durch die jetzige Entscheidung des Reichsratsausschusses einstweilen nicht berührt.

Aber nach dieser ersten Probe muß man fürchten, daß der Reichsratsausschuh bald noch weitere Löcher in die Verordnung hineinhauen wird. Natürlich nur durch juristische Auslegung. Es ist merkwürdig. Unter dem alten System führte die juristische Auslegung immer zu Entscheidungen im Sinne der Regierung. Heute bedeutet juristische Auslegung, daß alle der Reaktion nicht passenden Regierungsverordnungen für kraftlos erklärt werden.

Der Reichsminister des Innern hat die „Kommunistische Arbeiterzeitung“ in Berlin für die Zeit vom 9. bis 22. September 1921 verboten.

## Münchener Stimmen.

München, 9. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der bayerische Ministerrat hat in den späten Abendstunden seine Beratungen durch eine kurze Pause unterbrochen, ohne sich zu irgendeinem Ergebnis und zu irgendeiner Mitteilung an die Öffentlichkeit geneigt zu haben.

Die Lage in Bayern hat infolgedessen eine wesentliche Zuspitzung erfahren, als weniger der Gegensatz zwischen Bayern und dem Reich im Augenblick ins Auge springt, als die trennende Kluft zwischen dem um seine Grundrechte mit Hilfe des Generalstreiks und der

Abtrennung Nordbayerns kämpfenden Proletariats und den Kreisen, welche hinter dem Rücken Kahrs eine sternaartige Katastrophepolitik treiben.

Selbst die „Münchener Neuesten Nachrichten“ erheben in dem Leitartikel „Wir warnen!“ einen Mahnruf. Gegen die Gefahr von rechts schreiben sie: „Wir stehen nicht an, auszusprechen, daß die Art, die das deutsche nationale München heute gegen die Regierung Kahrs anschlägt, zu ernstlichen Bedenken Anlaß gibt.“ Die „Augsburger Abendzeitung“ hatte nämlich im Leitartikel „Es ist Zeit zum Handeln“ geschrieben: „Man hat, den Eindruck, daß die Reichsregierung alle Mittel angewendet, um die bayerische Regierung totzureden. Wir sind der Meinung, daß jetzt keine Zeit mehr ist zum Verhandeln, sondern daß gehandelt werden muß. Bayern darf und kann sich der Internationalen nicht preisgeben.“ Der deutsche nationale Grobian, das „Miesbacher Tagblatt“, schreibt: „Wird Bayern fest bleiben oder hat es vor Berlin gekulst? Hat denn Nordbayern gar so große Sehnsucht nach dem Käsekauf von 1919?“ Im übrigen stellt dieses Blatt Forderungen auf, die in einer Anzahl von Adressen an Regierung und Landtag gerichtet worden seien. 1. Wiederherstellung Bayerns als selbständiger Staat mit eigenem Wirtschaftsgebiet und eigener Verwaltungshoheit. 2. Wiederherstellung der Finanzhoheit. 3. Volksabstimmung über die Wahl des Reichspräsidenten.

Gegen die Gefahr von links schreiben die „Münchener Neuesten Nachrichten“: „Das demokratische Mäntelchen, das sich die Mehrheitssozialisten umzuhängen wußten, ist in Gefahr und nun steht diese Partei in ihrer ganzen Nacktheit vor der verkörperten Gewaltpolitik da. Die Folge ist nun der unausbleibliche Bürgerkrieg, wehe dann denen, die leichtsinnigerweise Blut und Leben ihrer Volksgenossen aufs Spiel gesetzt haben. Die Siege der Sozialisten liegen ja offen zutage. Nordbayern soll der roten Gewaltherrschaft ausgeliefert werden. Wir sind aber überzeugt, daß sich das ganze Bürgertum und die Bauernschaft wie ein Mann erheben würden zur Abwehr eines solchen Treibens.“ Die struppellose Sozialistenhege der „Münchener Neuesten Nachrichten“ ist aber an sich keineswegs geeignet, die tatsächlich bestehende außerordentliche Spannung zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum in Bayern irgendwie zu beheben. Noch ist es möglich geworden, daß trotz prinzipieller Einigung der Reichstagsmehrheit und der bayerischen Delegation in Bayern eine Atmosphäre geschaffen worden ist, welche den inneren Frieden zu bedrohen scheint. Wir wollen zugeben, daß die „Entwicklungen“ des U.S.P.-Abgeordneten Fischer über die Ausruftung der Republik Franken in der gestrigen Versammlung der U.S.P. ein taktischer Fehler war, geeignet die Erregung der Massen noch zu steigern. Die „Münchener Post“ schreibt darüber: „Am meisten erstaunt über die Ausführungen waren wohl die verantwortlichen U.S.P.-Leute und Gewerkschaftler, die an den Verhandlungen beteiligt waren.“

Allen diesen leidenschaftlichen Ausfällen, sei es von rechts oder von links, sei es vom Norden oder Süden Bayerns, wollen wir nur entgegenhalten, daß sichere Informationen nach die bayerische Sozialdemokratie und die in enger Fühlung mit ihr stehende U.S.P. keineswegs an irgendeine gewalttätige Aktion in ihrem legalen Kampfe gegen die Regierung Kahrs denken. Die bayerische Arbeiterschaft behält sich nach wie vor den Generalstreik und unter Umständen den Volksentscheid auf demokratischer Grundlage zwecks Abtrennung Nordbayerns von einem unbelehrbaren Kahrbayern vor. Sie erachtet die Äußerungen der rechtsradikalen Presse der letzten Tage als ein Anzeichen dafür, daß in Bayern gewisse Kreise um Boehner und Roth keineswegs den Gedanken aufgegeben haben, Bayern als unangreifbares Glied der Reaktion und der monarchistischen Gewaltpolitik innerhalb des Reichsganges zu erhalten, daß Boehner wie Roth die bayerische Regierung vor die Alternative stellen möchten, entweder mit ihnen oder gegen sie zu regieren. — Die Verzygerung des Ministerrates bis tief in die Nacht hinein läßt die Annahme derartiger Hemmnisse als wohlbegründet erscheinen. Trotzdem wird die bayerische Sozialdemokratie niemals die Hand zu einem putschistischen Vorgehen in Nord- oder Südbayern, etwa eine Ausrufung einer neuen Republik Nordbayern gegen den Willen der Volksmehrheit hergeben. Ihre Vorbereitungen in den letzten Tagen hatten den Zweck, die Autorität der Reichsregierung mit allen verfassungsmäßigen Mitteln zu schützen.

nur denen, die immer noch auf dem Geldsack sitzen, ein befriedigendes Dasein inmitten der Schönheiten der Natur an Wäldern und Seen zu überlassen. Ja, man sieht heran, wie vielseltig an keiner anderen modernen Erscheinung, welche organisatorische, in des Wortes wahrster Bedeutung aufbauende Leistungsfähigkeit in den besten schaffenden Kräften eines Volkes steckt, das schon innerhalb von drei Jahren nach einem mahllos unglücklichen Kriege Hunderte von Siedlungen, deren jede für sich eine baukünstlerische Sehenswürdigkeit ist, erstehen ließ. Futura, die kurfürstliche Brunnvillenstadt an den Abhängen der Müggelberge, ist in Jahrhunderten nicht zum Leben erweckt worden, aber drei Jahre zäher Volksarbeit genügt, um einen alten Schönheitsraum des Volkes, das endlich selbst über seine Geschicke und sein Zukunftsglück bestimmt, in den ersten, nach sozial verheißenden Anfängen zu erfüllen.

Der Film, die Notdurft, die kleinen Mädchen. Ein Feuilletonist und ein Filmregisseur sind sich in die Haare geraten. Da lohnt es, zu lauschen. Der Regisseur — er heißt zufällig Ernst Lubitsch und ist ein großes Kirchenlicht — antwortet auf die kaum bestreitbaren Angriffe Alfred Polgars, der nur ein Feuilletonist ist:

„Es wird im Film viel „Mist“ produziert. Aber nur im Film? Nicht auch im Theater und in der Belletristik? Sie wohnen in einer reißenden Stadt, die den Verzug hat, das Geburtsland der deutschen Operette zu sein. Sollten Sie nicht auf der Operettenbühne einige Beobachtungen gemacht haben, die in dieser Richtung eigentlich sehr unterrichtend hätten wirken müssen?“

Und weiter: „Ein Freund drahtischer Vergleiche, schreiben Sie, daß es Sie mehr interessiert, eine Hörscherfrau bei der Verrichtung ihrer Notdurft zu sehen als die Thronbesteigung des Maharadschas Gunnar Tolnaes. Ohne mich über Ihre seltsame Vorleser unterhalten zu wollen, erlauben Sie mir zu bemerken, daß auch ich die Thronbesteigung Gunnar Tolnaes gerade nicht für den Reford künstlerischer Filmgestaltung halte. Aber vergessen Sie nicht, daß diese Szene Tausende kleiner Mädchenherzen erweckt. Nehmen Sie diesen kleinen Backfischen ihre Freude nicht, Ihnen bleibt es unbekannt, sich anzusehen, wie die Hörscherfrau ihre Notdurft verrichtet, und seien Sie überzeugt, daß die Backfische Sie nicht dabei lären werden.“

Es ist ein Glück, daß diese Unterhaltung in einem sittenreinen bürgerlichen Blatt stattfand (es war zufällig das „Berl. Tagbl.“). Wäre die Geschichte in der Parteipresse passiert, so hätten sich sicher manche Leute ausgelacht. Aber Notdurft her und Notdurft hin, der Feuilletonist hat recht, und den Lubitsch soll man prangern, gerade weil er was kann und eine Hoffnung ist. Wenn er auch nichts Besseres will als kleinen Mädchen Schundliteratur verfilmen, so soll man seine groß ausgemachten Filmmorälen auch zu dem übrigen Mist in die Senkgrube werfen und die Hörscherfrauen darauf setzen. Filmkritiker, poßt auf Lubitsch auf!

Karl Schefflers Museumskrieg. Die Angriffe des Schriftstellers Karl Scheffler gegen die Bauleitung Ludwig Hoffmanns, dem er in der Ausführung der Museumsneubauten Großmannsufst

ufw. vorwarf, sind nach einer Berliner Korrespondenz vom Unterrichtsministerium als haltlos festgestellt worden. Auch der Betriebsrat der Angestellten hat in diesem Sinne Stellung genommen und von Scheffler Zurücknahme der Beschuldigungen verlangt.

Vom Ministerium wird rüchrichtig konstatiert, daß das Forum nicht erhöht wurde, daß keine Erhöhung des Bauwerks um mehrere Meter stattfand, sondern gegen den Rat Hoffmanns nur das Untergeschoß — im Interesse besserer Lichtverhältnisse — um 60 Zentimeter gehoben wurde und so weder Vergrößerung noch Abweichung von den ursprünglichen Bauplänen vorliegt.

Es wäre interessant, wenn der frühere Generaldirektor Bode, der bisher einige Andeutungen im Sinne Schefflers gemacht hat und sicher die Kompetenz eines Gutachters im hohen Maße besitzt, hierzu unverblümt Stellung nähme.

Stinnes — Filmunternehmer. Im „Tagebuch“ lesen wir: Stinnes ist mit 25 Millionen Mark in die Filmindustrie gegangen. Er will allmählich mit Hilfe seiner Freunde eine Gesellschaft mit 150 Millionen Mark schaffen, die sich in Potsdam mit Atelierbauplänen trägt und die nach und nach eine Reihe kleinerer Gesellschaften in sich aufnehmen soll. Interessant ist die Tatsache, daß ein Ausschuh zur Prüfung der Pläne eingeseht ist, dem auch General Ludendorff angehört. Es scheint, als ob man bei dieser Prüfung weniger auf künstlerische als auf politische Momente Rücksicht nehmen will. Offene Augen, Mitbürger, Achtung auf den Stinnes-Film!

Des Sängers Dank. Zum Tode Josef R a n n s schreibt uns eine Leserin:

„Es ist wohl in der Welt einzig dastehend, daß ein Institut wie die Staatsoper einem solchen Mitalied, das Unvergängliches geleistet hat, kein Wort des Dankes, der Erinnerung, nicht einmal eine Zeile in dem Anzeigenteil einer Zeitung widmet, wie das jede anständige Geschäftsfirma zu halten pflegt. Wenigstens diese Pflicht einfaches Anstands hätte man doch erfüllen können, wenn man schon keinen ausreichenden Grund sah, für Josef Mann eine Gedächtnisfeier anzukündigen oder zum Zeichen der Trauer das Haus einen Tag zu schließen.“

Die Besinnung ehrt die Einfandern; aber uns gefällt die spontane Einfachheit der Staatsoper nicht minder. Gegen den in Berlin üblichen Begräbnisempor, der eine typische Verfallserscheinung ist, Front zu machen, wird zur Pflicht. Aber dann natürlich gleiche Behandlung aller!

Sobhanarjubikum im Deutschen Opernhaus. Am Sonntag wird Wagner „Sobhanarjubikum“ zum 100. Male im Deutschen Opernhaus gegeben. Diese hohe Aufführung ist innerhalb eines jährlich wechselnden Spielplans wurde im Laufe von sieben Jahren erfolgt.

Kein Kean-Match ohne Bakermann. Bakermann wird während des Septembers und Oktobers in sämtlichen Kean-Aufführungen des Deutschen Theaters die Titelrolle spielen. Öffentlich bekommt ihm die Bogen.

Die beiden Diebe. Die Illustrationsbeilage „Das Leben ein Bild“, mit der viele Netzen ihre Leser allmählich füllern, bringt in Nr. 37 eine Photographie des Abgeordneten Dieb, der zugleich mit Tschernitz angefaßt wurde — und siehe da: es ist unter alter, immer noch rührender Genosse Dieb, der mit seinem viel jüngeren Namensvetter verwechselt wird. Dieß ist Dieb, wird der Bildermann sagen, der Dieb meißt doch nicht.

Groß-Berlin

Alte Sünden des Kommunalliberalismus.

Deutschnationale Bemäntelungsversuche.

Für den Kampf gegen die Sozialistenmehrheit in der Berliner Stadtverwaltung sind den Bürgerlichen alle Mittel recht, ihre Agitation zu den bevorstehenden Stadterordnetenwahlen zu fördern.

Ein Thema, das besonders den Parteien von ganz rechts, der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei, als ein sehr „dankbares“ gilt, sind die miltischen Verhältnisse der Berliner Gaswerke.

„Das Gaswerk Neukölln — Jahresprodukt rund 33 Millionen Kubikmeter — hat in dieser Zeit mit reinen Produktionskosten (ohne Zinsen und Abschreibung) von etwa 40 Pf. pro Kubikmeter hergestelltes Gas einschließlich der Verteilung gearbeitet.

Unter Berücksichtigung der technisch rückständigen Einrichtungen der Berliner Werke hätten ja doch Selbstkosten in Höhe von etwa 70 Pf. unter den im vorigen Betriebsjahr obwaltenden Verhältnissen statt 90 Pf. erzielt werden müssen.

An diese Darstellung knüpft der deutschnationale „Kokalanzeiger“ ein Artikel, die kennzeichnend ist für die Kampfesweise der rechtsstehenden Parteien und ihrer Presse.

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

„Wollen Sie?“ fragte Behrens schließlich kategorisch. „Wollen Sie oder wollen Sie nicht?“ Reinsner hatte das süße Gefühl eines Genesenden, von einer starken Hand geschoben zu werden.

überstehenden Gaswerks von Neukölln an. Hierüber gleitet der bledere „Kokalanzeiger“ in seiner Kritik mit gänzlichem Stillschweigen hinweg, weil es ihm nicht in den Kram paßt, die schon vor der Revolution stark von der Sozialdemokratie beeinflusste Wirtschaft der Stadt Neukölln gelobt zu sehen.

Zur Erheiterung unserer Leser sei hier noch eine groteske Liebertreibung festgenagelt, die das deutschnationale Blatt leistet. Es rechnet aus, daß die 60 Millionen Mark im Jahr 30 R. pro Kopf der Bevölkerung machen, und fügt hinzu: „auf eine fünfköpfige Familie jährlich 150 R.“

Gegenüber den Verdrehungen, mit denen die Feinde des Sozialismus ihre Wahlagitiation betreiben, wird die Wählerschaft am 16. Oktober die gebührende Antwort nicht schuldig bleiben.

Virginia Moll vor Gericht.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landgerichtsdirektor Dr. Oppler wurden als Nachtrag zur Beweisaufnahme noch einige Schriftstücke und Briefe verlesen.

Der Staatsanwalt sah die Ergebnisse der mehrtägigen Verhandlung zusammen. Die ganze Angelegenheit habe ihren Ausgangspunkt in der Kondensmilchangelegenheit der Quäker, für welche Einfuhrbewilligung erteilt wurde, gehabt.

Der Staatsanwalt beantragte Freisprechung des Angeklagten Flato, dagegen gegen Frau Moll wegen des Einfuhrvergehens 1 Jahr Gefängnis unter Anrechnung der erlittenen feldmonatigen Unterbringungshaft und wegen Handels ohne Erlaubnis 500 R. Geldstrafe, gegen den Angeklagten Mautner, der vollständig unter dem Einfluß des Hirschsiedel gestanden hat, 6 Wochen Gefängnis, verhöft durch die Unterbringungshaft, und für unerlaubten Handel 1000 R. Geldstrafe.

Ihre Bitterkeit schmolz zusammen. „Ich werde mit Mühe geben.“ „Rein, du sollst dir keine Mühe geben. Du sollst Geduld haben und warten. Still sollst du sein und in dich hineinhören.“

Behrens hatte in seinem eigenen Namen und im Namen Reinsners einem bekannten Anwalt die Vollmachten gegeben, die zur Klärung und Sanierung der finanziellen Verhältnisse Reinsners nötig waren.

trugte der Staatsanwalt gegen beide Angeklagte je 50 000 R. und Einziehung der bei Franzlowlial beschlagnahmten Waren.

Rechtsanwalt Dr. Walter Jaffé trat in seinem Plädoyer den Ausführungen des Staatsanwalts entgegen. Durch die Beschlagnahme sei plötzlich die ganze Angelegenheit an die große Glocke gekommen und habe unter den Einfuhrbehörden die größte Kopflosigkeit hervorgerufen.

Die Angeklagte Moll sei eine etwas exzentrische Frau, die in übertriebener Weise überall helfen wollte und die Sucht hatte, eine politische Rolle zu spielen. Sie sei wohl etwas psychopathisch, aber sonst hochachtbar.

Rechtsanwalt Grünspach erörterte einsehend die juristische Seite des Tatbestandes, den die mehrtägige Verhandlung ergeben habe. Die daraus vom Staatsanwalt gezogenen Folgerungen seien im allgemeinen und besonders bezüglich des Angeklagten Mautner falsch.

Das Urteil wird im Laufe des Sonnabends verkündet werden.

Ein Geständnis des Lustmörders Großmann.

Die Lustmorde des Händlers Großmann, die so großes Aufsehen erregten und die vornehmlich die weibliche Bevölkerung Berlins in begreifliche Unruhe und Aufregung versetzt haben, gehen nach und nach ihrer völligen Klärung entgegen.

Der Verdächtige gab bisher nur zu, die Mische umgebracht zu haben, weil er bei dieser Tat überfallen wurde. Alles andere leugnete er hartnäckig. Die Kriminalpolizei aber forschte in aller Ruhe Tag für Tag weiter nach und ihr Belastungsmaterial häufte und verdichtete sich so, daß jetzt auch in dem Falle des Dienstmädchens Sosnowski der Indizienbeweis gelungen erschien.

Gestern vormittag sprach er, ohne daß weiter auf ihn eingewirkt worden wäre, von selbst den Wunsch aus, die Kriminalkommissare Dr. Niemann und Warneburg noch einmal zu sprechen. Ihnen vorgeführt, lenkte er jetzt aus freien Stücken das Geständnis ab, daß er die Sosnowski in der Nacht vom 13. zum 14. August ermordet habe.

Nach seinem Geständnis brach Großmann vollständig zusammen und konnte nicht weiter vernommen werden. Er wurde deshalb zunächst in das Polizeigefängnis zurückgebracht.

nierle, aber er lebte nicht. In den langsamsten Zügen traf man oft das edelste Leben.

Behrens sah einige Stunden beschaulich und zufrieden in seiner Ecke. Seine Zufriedenheit war sogleich erwacht, als der Zug die letzten Häuser Berlins hinter sich gelassen hatte.

In der Nähe von Lüneburg verließ Behrens den Zug. Eine kleine Sommerfrische war in der Nähe. Er nahm seine braune Segeltuchtasche in die Hand und machte sich auf den Weg, der durch einen niedrigen Kiefernwald führte.

Nach wie war ihm ein Weg so leicht geworden wie dieser. Er ging langsam, genoh jeden einzelnen Schritt, den er tat. Eine tiefe, heilige Stille umgab ihn.

Er war es, seit vielen, vielen Jahren zum erstenmal. Er war wahrhaft frei. Es gab keinen Menschen, dem er körperlich anhing, und doch gehörte er mit dem Herzen allen. Eine mächtige Liebe lebte in ihm.

Nach ehe er an den kleinen Ort kam, mußte er an einem Landgasthof vorüber. Es war Abend, und er kehrte ein. Hier sah man ihn nicht erst groß an und prüfte auch nicht seine Kleidung und sein Gepäc.

(Schluß folgt.)







495

Herrn-Schulmeister

# M. Schulmeister

375

Herrn-Anzüge

675

915

Dresdener Straße 4



Kottbuser Tor

495

700

## Theater, Lichtspiele etc.

**Opernhaus**  
Così fan tutte  
7 1/2 Uhr

**Schauspielhaus**  
Außer Abonnement  
Peer Gynt  
7 1/2 Uhr

**Deutsches Theater**  
7 1/2 Uhr: Kean  
Albert Bassermann  
Salomon & Paul Grätz  
Sonntag 7 1/2 Uhr: Kean

**Kammerspiele**  
7 1/2 U.: Potasch u. Perlmutter  
Stg. 7 1/2: Potasch u. Perlmutter

**Gr. Schauspielhaus**  
(Karlstraße)  
7: Florian Geyer (Auß. Ab.)  
Stg. 8: Die Weber (Auß. Ab.)

**Theater i. d. Königgrätzer Str.**  
Täglich 7.30 Uhr:  
**Satans Maske**  
Mit dem Feuer spielen  
Maria Orska  
Riemann / Bildt

**Komödienhaus**  
Täglich 7.30 Uhr:  
**Max Pallenberg**  
**Hans Waßmann**  
Im neuen Burleskenschwank  
**Jonny**  
**Busenfreund**

**Berliner Theater**  
7 1/2 Uhr: Nur noch 4 Vorstellungen  
**DAS**  
**Milliarden**  
SOUPER

**Central-Theater**  
7 1/2 U.: Die Postmeisterin  
**Deutsch. Opernhaus**  
7 Uhr: **Carmen**  
Friedr. Wilhelmst. Th.  
7 1/2 Uhr: **American-Girl**  
**Kl. Schauspielhaus**  
7 1/2 Uhr: **Reigen**  
**Metropol-Theater**  
7 1/2 U.: Die blaue Mazur  
Neues Operntheater  
8 Uhr: Die Königin d. Nacht  
Neues Theat. a. Zoo  
8 Uhr: Die kleine Leassot  
Neues Volkstheater  
7 1/2 U.: Die Lokalbahn  
Schiller-Theat. Charl.  
3 Uhr: Der Biederpeiß  
7 1/2 Uhr: **Nora**  
Schloßpark & Th. Steglitz  
7 1/2 U.: Laune des Verliebten  
Die Mitschuldigen  
Thalia-Theater  
7 1/2 U.: Schäm' Dich, Lotte  
Th. am Nollendorfplatz  
8 Uhr: Der Vetter aus Dingsda  
Theater des Westens  
7 1/2 U.: Die Brant d. Lucillus  
Th. i. d. Kommandantenstr.  
(Jüdisches Künstler-Theater)  
8 U.: D. verlassene Schenke  
**Wallner-Theater**  
7 1/2 Uhr: **Nixchen**  
Volkspoprette Walhalla-Th.  
7 1/2 U.: Die schöne Helena

**Residenz-Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr  
Paul Wegener  
Irene Triesch  
Paul Blensfeld  
in

**Totentanz**

**Trionon-Theater**  
Täglich 8 Uhr:  
**Ida Wüst**  
in

**Die groß. Leidenschaft**

**Kleines Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Frl. Josette** —  
**meine Frau**  
Carola Töelle, Eugen Brug,  
Lotte K. Hader, Jul. Falkenstein,  
H. Albers, K. Schneider-Nissen

**Volkshöhle**  
Theater am Bülowplatz  
7 1/2 U.: Der Bauer als Millionär

**Lessing-Theater**  
Heute und morgen 7 1/2 Uhr  
**Ein idealer Gatte**  
(Tilla Dargatz)  
Montag 7: Peer Gynt

**Deutsches Künstler-Theater**  
Abendstück 7 1/2 Uhr:  
**Die Ballerina des Königs**  
(Leopoldine Konstantin)

**Komische Oper**  
7 1/2 Uhr: Die 7 1/2 Uhr  
**Strohwitwe**  
Operette von Leo Blech

**Rose Theater**  
8 Uhr:  
**Die zärtl. Verwandten**

**APOLLON**  
THEATER  
Abendstück 8 Uhr  
**Luftballon**  
im Zuschauerraum  
Eine Nacht in  
**Sevilla**  
mit 24 Damen  
und die übrigen  
Septbr.-Emissionen

**CASINO-THEATER**  
Lothring. Str. 37 — Tägl. 7 1/2 U.  
Das neue Erholungs-Programm  
mit der Spitzbubenposse

**Szcellenz Maxe.**  
Vorher: Das lakische Singpiel  
Und wenn es just passiert  
Sonntag 3 1/2: Mittelarrrest.

**Folles Caprice**  
Linienstr. 132 am Oranienb. T.  
Täglich 8 Uhr:  
**D. Geliebte a. Teilung**  
**Fiebertaumel**  
Bentschen-Meseritz  
mit Ferd. Grünecker

**WINTERSPORTEN**  
Reines  
**Varieté-Programm**  
Rauchen gestattet!

**Theater a. Kottbuser Tor**  
Tel.: Moritzpl. 16077  
Täglich 7 1/2 Uhr und  
Sonnt. nachm. 3 Uhr  
**Elite-Sänger**  
— 10 Herren —  
Witz! Komik!  
Nachm. halbe Preise  
Vvkt. 11-14, u. 4-6 Uhr

**Circus Taraselli**  
am Bahnh. Friedrichstraße  
Heute **Vorstellung**  
4 u. 8 Uhr

**Reichshallen-Theat.**  
**STETTNER**  
**SÄNGER**  
Abds. 7 1/2 U. u.  
Stg. nachm. 3 U.  
Nm. halbe Pr.  
Varieté  
Döschhoff-Brett!

**Admirals-Palast**  
7 1/2 Uhr: **Abakadabra**  
Morgen 7 1/2: **Abakadabra**

**Kreuz-, Alaska-Silber-,  
Zobel-, Rotluchse**  
staunend billig v. 300 M. an  
sch. sehr  
**Skunks-Garn.**  
**Peizfütter**  
I. Dam u. Herrn v. 250 M. an  
**Felle f. Besatz**  
amer. Op. 65, austr. Op. 110,  
Seal El. 25, biberett. 45 M. a.  
**Hamsterfelle**  
f. Sportpeize, sehr preisw.

**Pelzwarenhaus**  
**A. Klab & Co.**  
Rosenthaler Straße 49/51  
am Hackeschen Markt

**Im BERLINER THEATER**  
wird die diesjährige  
Novität  
**PRINZESSIN OLALA**  
von Rudolf Barmann  
und Rudolph Schanzgen  
Musik von  
**JEAN GILBERT**  
vorbereitet.  
In der Titelrolle  
Prinzessin Olala  
tritt als Gast  
**FRITZI MASSARY**  
wiederum im  
Berliner Theater auf.  
Die übrigen Hauptrollen  
werden dargestellt von  
\*RALPH ARTHUR ROBERTS\*  
\*PEPI ZAMPA\*  
\*HERBERT KIPER\*  
\*GRETE LUND\*  
\*ROBERT SCHOLZ\*  
\*OLGA ENGL\*  
\*PAUL REHKOPF\*  
\*ERNST BEHMER\*  
\*FELIX ROSSERT\*  
\*JENNY MARBA\*  
\*FRIEDA LEHNDORFF\*  
Vorverkäufe für die ersten acht  
Vorstellungen werden an der  
Kasse entgegengenommen

**Lothar Löbner**  
Jüngling vom 18.

**Rennen zu Grunewald**  
(Unlonklub)  
Sonabend, 10. Septemb., nachm. 2 1/2 Uhr  
7 Rennen

**SEIDEL & NAUMANN**  
DRESDEN  
Vertreter: Emil Halbarth  
BERLIN W 8, Friedrichstraße 55a  
TELEPHON: Zentrum 10440

**Junungsstranenfasse**  
der  
**Stichterinnung zu Berlin**  
9. Nachtrag  
zur Schaffung der Junungs-  
stranenfasse der Stichterinnung  
(Zwangsimmung) zu Berlin.  
§ 11 Absatz 1 Ziffer 1 erhält  
folgende Fassung:  
„Krankensäfte vom Beginn  
der Krankheit an; sie umfassen  
ärztliche Behandlung und Ber-  
euerung mit Arznei sowie  
Brillen und Bruchbänder und  
andere kleineren Heilmitteln  
bis zum Höchstbetrage von  
150 M. Die Rente darf auch  
einen Zuschuß für größere  
Heilmittel bis zu diesem Be-  
trage und in geeigneten Fällen  
auf Vorhandenhaltung auch  
Krankensäfte gründen.“  
Der Vorstand:  
Otto Gramann, Vorsitzender,  
Hermann Wärdtsch, Schriftf.  
Genehmigt: 8/15  
Charlottenburg, 29. Aug. 1921.  
Oberverwaltungsamt Berlin,  
von Goltzowstr.

**30 Mark**  
wöchentlich  
**Teilzahlung**  
lieferbare  
**Schlafzimmer**  
**Speisezimmer**  
**Wohnzimmer**  
**Herrenzimmer**  
farbige Küchen  
wie Einzel-Möbel  
Anzahlung  
nach Ueberkunft  
Trotz Tischlerstreik  
noch wirklich  
billige Preise!  
**Beiser**  
Lothring. Str. 67.

**Brillanten**  
Kleide Dich billig, elegant!  
im Leihhaus Moritzplatz 58 a

**Mass-Ersatz!** Schlüpfer / Paletots / Anzüge / Cutaways  
aus erstklassigen Stoffen, Hochwert-Friedens-  
Verarbeitung, jeder Maßarbeit ebenbürtig,  
von 400, 500, 600, 700 M. an. Nur durch große Stoff-Einläufe  
so billig! Eigene Aufbereitung. Keine Befähigung bedingt!

**Leihhaus Brunnenstraße 5** Rosenthaler Tor.

**Kautabak-Niederlage**  
G. A. Hanewacker, Nordhausen  
Grimm & Triepel, Nordhausen  
Fischer & Herwig, Hann. Münden  
M. Hansen jr., Hadersleben / Joseph Doms, Ratibor

**Max Ziegenhals** C 2, Poststraße 12  
Telephon: Zentrum 271  
Verkauft nur an Händler

**Butter**  
Allerfeinste, erstklassige  
frische Natur-Butter  
p. Pfd. 26 M. Nur ein Preis!  
F. Wegner, Berlin SO  
Marlannenstr. 34  
Auf Hausnummer achten!!

**Kreuzluchse 250 an**  
Silber-, Zobel-, Miasafische  
**Seal-Mäntel**  
Sport- und Gehwege usw.  
fabrikant billig!

**Möbel**  
zu bedeutend  
herabgesetzten Preisen  
auf Teilzahlung  
Kleinste An- u. Anzahlung  
**Möbel-Cohn**  
Gr. Frankfurter Str. 58  
5 Min. vom Alexanderplatz.  
Filiale: Badstr. 47-48.  
5 Min. v. BfL. Gesuvabr.

**KLEINE ANZEIGEN**

Jedes Wort 1 M. Das fettgedruckte Wort 1,50 M. (zuletzt zwei  
fettgedruckte Worte). Stellenangebote und  
Schlafstellenanzeigen das erste Wort (fettgedruckt) 1 M., jedes weitere Wort  
60 Pfennig. — Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen für zwei Worte

Anzeigen die für die nächste Nummer bestimmt sind, müssen bis  
5 Uhr nachmittags in der Haupt-Expedition des Vorwärts,  
Berlin SW. 68, Lindenstraße Nr. 3, abgegeben werden. Dieselbe ist wochen-  
tags von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr ununterbrochen geöffnet

**Verkäufe**  
Beständige billige Allerlei-  
güter, größtes Angebot der  
Versteigerung. Aus diese  
Reihe: Oberbett 45.—, Kissen  
14.50, Kissen 24.—, Jalousie,  
Jalousie, 26.—, Sanitärer,  
Wäschekorb, jetzt noch un-  
ausverkauft. Sofort kaufen,  
da Ware knapp wird.  
Sofortverkauf. Beständige  
billig! Postfach 1. Jede  
Wochenschrift. Gedruckt bis 7.

**Reichshallen-Theat.**  
STETTNER  
SÄNGER  
Abds. 7 1/2 U. u.  
Stg. nachm. 3 U.  
Nm. halbe Pr.  
Varieté  
Döschhoff-Brett!

**Wäsche** 250.—, Gummi-  
mäntel 200.—, Socken 65.—,  
Cutaways, Wäcker, Paletots,  
Friedensstoffe. Reine Kom-  
modore. Selbstausgewählte  
Schleier, Kleiderstoffe, 100/4,  
Edel-Rosenblütenstoffe.

**Wäsche** 250.—, Gummi-  
mäntel 200.—, Socken 65.—,  
Cutaways, Wäcker, Paletots,  
Friedensstoffe. Reine Kom-  
modore. Selbstausgewählte  
Schleier, Kleiderstoffe, 100/4,  
Edel-Rosenblütenstoffe.

**Fahrräder**  
Fahrräder, Gummi, 1000.  
Zweiräder zu Fabrikpreisen.  
Schönhauserallee 177. 88176\*

**Kaufgesuche**  
Silbergeschmeide, Christbaum-  
Kugeln, 200 (gegenüber  
Kantonschule) laut Jah-  
reshefte, Platinabringe, Schmuck-  
gegenstände, Goldschmuck, Silber-  
gegenstände, sämtliche Uhrteile. 1428

**Wäsche** 250.—, Gummi-  
mäntel 200.—, Socken 65.—,  
Cutaways, Wäcker, Paletots,  
Friedensstoffe. Reine Kom-  
modore. Selbstausgewählte  
Schleier, Kleiderstoffe, 100/4,  
Edel-Rosenblütenstoffe.

**Verschiedenes**  
Kreuzluchse, 250 an  
Silber-, Zobel-, Miasafische  
Seal-Mäntel  
Sport- und Gehwege usw.  
fabrikant billig!

**Arbeitsmarkt**  
Jüngere Stenotypistin für  
sofort gesucht. Schriftliche An-  
gebote erbiten Dr. Grottel, Co.  
Waldgrabenstraße 77. 88226

**Dreh- und Form-  
Cedlinge** verlangt Speck,  
Büchsen 2. 148/14

**Tüchtiger Vergolder**  
für Rahmen außer dem Hause  
geht. 88216  
Gedächtnis-Schneider, Ritterstr. 71

**Tüchtige  
branchenkundige  
Verkäuferinnen**  
für  
**Seidenband**  
sofort gesucht  
Meldungen: 12-2 Uhr mittags  
5-6 Uhr abends  
**A. Jandorf & Co.**  
Brunnenstr. 19/21

**Wäsche** 250.—, Gummi-  
mäntel 200.—, Socken 65.—,  
Cutaways, Wäcker, Paletots,  
Friedensstoffe. Reine Kom-  
modore. Selbstausgewählte  
Schleier, Kleiderstoffe, 100/4,  
Edel-Rosenblütenstoffe.

**Wäsche** 250.—, Gummi-  
mäntel 200.—, Socken 65.—,  
Cutaways, Wäcker, Paletots,  
Friedensstoffe. Reine Kom-  
modore. Selbstausgewählte  
Schleier, Kleiderstoffe, 100/4,  
Edel-Rosenblütenstoffe.

**Wäsche** 250.—, Gummi-  
mäntel 200.—, Socken 65.—,  
Cutaways, Wäcker, Paletots,  
Friedensstoffe. Reine Kom-  
modore. Selbstausgewählte  
Schleier, Kleiderstoffe, 100/4,  
Edel-Rosenblütenstoffe.

**Wäsche** 250.—, Gummi-  
mäntel 200.—, Socken 65.—,  
Cutaways, Wäcker, Paletots,  
Friedensstoffe. Reine Kom-  
modore. Selbstausgewählte  
Schleier, Kleiderstoffe, 100/4,  
Edel-Rosenblütenstoffe.

**Wäsche** 250.—, Gummi-  
mäntel 200.—, Socken 65.—,  
Cutaways, Wäcker, Paletots,  
Friedensstoffe. Reine Kom-  
modore. Selbstausgewählte  
Schleier, Kleiderstoffe, 100/4,  
Edel-Rosenblütenstoffe.

Im hiesigen Wohlfahrtsamt ist umgeben die Stelle eines  
**Berufswohlfahrtspflegers**  
zu besetzen. Langjährige Erfahrung in der Wohlfahrtspflege  
erforderlich. Erfolgreicher Bewerber erhält monatlich anerkanntes  
Wohlfahrtspflegersgehalt von 1100 M. bis  
1100 M. in 16 Dienstjahren, hierzu Anwesenheitszuschlag nach  
staatlichen Sätzen. Ein Probejahr; während desselben 75 Proz.  
des Anwesenheitsgehalts, alsdann bei Bewährung Anstellung mit  
Vollqualifikation und Rechtsanspruch auf Ruhegeld und  
Pensionsberechtigung. — Bewerbungen mit Lebenslauf und  
Zeugnisabschriften sind bis zum 25. September unter  
Sonderpostkarte einzureichen.  
Rechtsanw. den 2. September 1921. 148/2  
Wohlfahrtsamt 14 der Stadtgemeinde Berlin.

**Wäsche** 250.—, Gummi-  
mäntel 200.—, Socken 65.—,  
Cutaways, Wäcker, Paletots,  
Friedensstoffe. Reine Kom-  
modore. Selbstausgewählte  
Schleier, Kleiderstoffe, 100/4,  
Edel-Rosenblütenstoffe.

**Wäsche** 250.—, Gummi-  
mäntel 200.—, Socken 65.—,  
Cutaways, Wäcker, Paletots,  
Friedensstoffe. Reine Kom-  
modore. Selbstausgewählte  
Schleier, Kleiderstoffe, 100/4,  
Edel-Rosenblütenstoffe.

**Wäsche** 250.—, Gummi-  
mäntel 200.—, Socken 65.—,  
Cutaways, Wäcker, Paletots,  
Friedensstoffe. Reine Kom-  
modore. Selbstausgewählte  
Schleier, Kleiderstoffe, 100/4,  
Edel-Rosenblütenstoffe.

**Wäsche** 250.—, Gummi-  
mäntel 200.—, Socken 65.—,  
Cutaways, Wäcker, Paletots,  
Friedensstoffe. Reine Kom-  
modore. Selbstausgewählte  
Schleier, Kleiderstoffe, 100/4,  
Edel-Rosenblütenstoffe.

**Wäsche** 250.—, Gummi-  
mäntel 200.—, Socken 65.—,  
Cutaways, Wäcker, Paletots,  
Friedensstoffe. Reine Kom-  
modore. Selbstausgewählte  
Schleier, Kleiderstoffe, 100/4,  
Edel-Rosenblütenstoffe.

## Zum Schutze der Republik.

Die Genossen Wels und Müller-Franken haben im Reichstag folgende Anfragen eingebracht:

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, in denen öffentliche Beamte der Republik den vorgeschriebenen Treueid auf die Verfassung verweigern. Gegen sie ergriffene Maßnahmen sind zum großen Teile wirkungslos geblieben. So ist kürzlich ein Beamter, der wegen einer solchen Eidverweigerung vor der Disziplinarkammer in Hamburg zur Aburteilung stand, freigesprochen worden. Ferner hat nach einer Pressenotiz aus Karlsruhe ein hiesiges Landgericht dahin erkannt, daß die Dienstentlassung eines den Treueid verweigerten Beamten ohne gesetzliche Grundlage und deshalb ungültig sei.

Wir fragen:

a) Sind der Reichsregierung diese Vorgänge bekannt, und was gedenkt sie zu tun, ihrer Autorität und der Reichsverfassung Geltung zu verschaffen?

b) Was gedenkt die Reichsregierung gegen jene Beamte zu veranlassen, welche den Eid auf die Verfassung verweigert haben?

Eine weitere Anfrage lautet:

Ist die Reichsregierung bereit:

1. anzuordnen, daß die Hoheitszeichen des früheren Regimes innerhalb einer kurz zu bestimmenden Frist aus den Denkmälern, Amtsschildern, Amtsräumen und von den Gebäuden der Reichsbehörden endlich restlos entfernt werden?

2. Anzuordnen, daß sämtliche Bilder und Wäpfe von Mitgliedern ehemals regierender Häuser aus allen Amtsräumen der Reichsbehörden sofort zu beseitigen sind, wobei künstlerisch wertvolle Stücke einem Museum überwiesen werden könnten?

3. Die Anbringung und Aufstellung von im Privatbesitz befindlichen unter 2 genannten Wäpfen und Bildern in den Amtsräumen der Reichsbehörden zu verbieten?

4. Die Nichtbeachtung dieser Befehle unter empfindliche Strafe zu stellen?

5. Auf die Landesregierungen einzuwirken, um diese zum gleichen Vorgehen zu veranlassen?

Wir hoffen, daß die Reichsregierung diese Anfragen sehr bald in bejahendem Sinne beantworten und dementsprechend auch handeln wird.

### Ein Verleumder gefaßt.

Stendal, 9. September. (WZ.) Die hiesige Strafkammer verurteilte heute den Geschäftsführer des Mitteldeutschen Verbandes, Rudolf Feidler aus Berlin, der am 5. April in einer öffentlichen Versammlung herabsetzende und beleidigende Ausdrücke über den Reichspräsidenten gebraucht hatte, wegen öffentlicher Beleidigung zu einem Monat Gefängnis.

## Zur Erfassung der Goldwerte.

Wie die P.M. hören, wird die Frage der steuerlichen Erfassung der Sachwerte in vertraulichen Beratungen der Ressorts weiter geprüft. Das Reichskabinett als solches hat sich noch nicht erneut mit dieser Seite der Steuerfrage befaßt und noch keinerlei Entscheidungen getroffen.

Eine Beratung der Steuervorlagen, insbesondere der anderen Besitzsteuern, dürfte nicht möglich sein, ehe nicht die grundsätzliche Frage der Erfassung der Goldwerte entschieden ist. In diesem Sinne hat sich bereits nach einem Referat des sozialdemokratischen Parteivorstehenden Otto Wels der Parteitag für Brandenburg ausgesprochen, und man kann mit Bestimmtheit annehmen, daß der sozialdemokratische Parteitag in Odert sich fest auf den gleichen Standpunkt stellen wird. Im Gegensatz zu der Behauptung bürgerlicher Blätter, wonach die Sozialdemokratie eben den bisherigen Besitzsteuern die Erfassung der Goldwerte fordere, müssen wir feststellen, daß ein Urteil, ob eine weitere Besteuerung des Besitzes notwendig oder möglich ist, natürlich erst gefällt werden kann, wenn die Absichten der Regierung und die Haltung der Parteien dazu eindeutig feststehen. Schon aus diesem Grunde ist es notwendig, daß eine Vorlage über die Erfassung der Goldwerte sofort eingebracht wird, wenn man die zu erwartenden erbitterten Kämpfe zwischen Kapitalismus und Arbeiterklasse, die auch die Koalition leicht in Mitleidenschaft ziehen können, von ihr fernhalten will.

## Sie reiben sich die Hände.

Mit hochtönenden Phrasen wiesen die Vertreter der Großbanken die Zumutung von sich, daß sie die Verschlechterung der deutschen Mark durch Spekulationen begünstigten. Schweizer Kaufleute haben ihnen darauf eine Antwort gegeben, wie sie sich gehört. Inzwischen sank im freien Verkehr die Mark auf vier Pfennige, der Dollar stieg bis auf 101 M. an der Berliner Börse. Da zeigte sich, daß das Ausland der deutschen Mark mehr Vertrauen schenkte als das Inland, die Kursbewegung schwante um, und der Dollar wurde gestern wieder mit „nur“ 97 M. amtlich notiert, nachdem er noch vor wenigen Monaten auf 62 stand. Ein amerikanisches Börsentelegramm bestätigte, daß die Markverfälscherung von Berlin aus ihren Ausgang nahm. Kein Wort der Mißbilligung, kein Vorschlag zu energischer Abhilfe ist aus dem Munde der hochwohlweisen Beherrscher des Geldmarktes zu vernehmen. Die Valuta geht vor die Hunde, „weil sich die Mark entwertet“ — also die Armut kommt von der Poverth, oder: die Regierung, die die Reparationen angenommen hat, ist schuld. Das ist der Weisheit letzter Schluß, den diese Herren zu ziehen wissen.

Es entwickelt sich allmählich zum öffentlichen Skandal, in welcher Weise von Deutschen mit der Valuta schändlicher getrieben wird. Wir haben schon kürzlich festgestellt, daß die Banken schon deswegen die Mitverantwortung trägt, weil sie bisher alle nach Gemeinwirtschaft riechenden Vorschläge zur Stabilisierung der Währung planmäßig bekämpfen, wobei der neulich so entrüstete Herr Kießer als Rufer des „Hansabundes“ sich besonders hervorhat. Mit Recht schreibt das „Berliner Tageblatt“, angefeuert von dem Treiben der Spekulation:

„Es ist klar, daß dieses Verhalten der hiesigen Spekulation im Ausland großes Erschrecken hervorrufen und dazu führen muß, daß das Ausland den letzten Rest von Vertrauen, den es noch zu unserer Valuta hat, verliert. Wir haben auf die ungelunden Verhältnisse, die am hiesigen Devisenmarkt bestehen, schon oft aufmerksam gemacht, und sie sind in der Öffentlichkeit auch zur Genüge bekannt. Man muß annehmen, daß die Stellen, die mit der Aufsicht über die Börse betraut sind ebenfalls diese Kenntnis besitzen, und sich daher um so mehr wundern, daß zur Eindämmung der maßlosen Devisenspekulation und Devisenhamsterie nicht das mindeste geschieht.“

Die Banken, die ebenso an den steigenden Kursen für fremde Wechsel wie für die in die Höhe schmelzenden Aktien verdienen, haben allerdings an einer Abhilfe wenig Interesse. Sie reiben sich die Hände, während die Goldmarkschuld des Reiches von Tag zu Tag anwächst, während die Lebensmittelpreise steigen und das allgemeine Elend seine Schatten vorauswirft. Schuld hat ja bloß das Publikum, deren gewinnende Diener sie sind.

### Maßnahmen gegen die Spekulation — in Portugal.

Lissabon, 8. September. (WZ.) Das amtliche Blatt veröffentlicht einen Erlaß, der die Bankoperationen regelt, um die Spekulation auszuschalten, die dem nationalen Leben schaden würde. In dem Erlaß werden Strafen für Zuwiderhandlungen festgesetzt.

### Wo man zupacken kann.

Paris, 9. September. (WZ.) Der „Temps“ behauptet in seinem heutigen Leitartikel, die deutsche Regierung lasse den Gedanken ins Auge, der Reparationskommission in Gemäßheit des Artikels 234 des Versailler Vertrages die Mitteilung zu machen, daß die Zahlungsbedingungen, wie sie im Londoner Abkommen niedergelegt sind, einer Revision bedürfen. Der „Temps“ sagt, es sei gegenwärtig für einen Franzosen sehr schwierig, auf den Rücksicht der deutschen Valuta zu verweisen, weil man dabei Gefahr laufe, von Deutschen, Franzosen und Amerikanern verdächtigt zu werden. Die Forderung, daß Deutschland zahlen werde, gelte heute nicht mehr. Jetzt, da Doumer mit harten Verhandlungen führe, müsse man den alliierten Regierungen erklären, daß das Geldproblem in Deutschland studiert werden müsse, da sonst alle Veränderungen, die am 13. August getroffenen Abmachungen Gebühden gleichen, die auf Sand gebaut seien, und alle Ermäßigungen hinsichtlich der in Betracht kommenden Zahlungen nicht das Papier wert wären, auf dem sie niedergeschrieben würden. Das ganze Währungsproblem in Deutschland sei darauf zurückzuführen, daß die deutschen Exporteure nur für ihr eigenes Interesse arbeiten und die für ihre Ausfuhr erhaltenen Beträge im Ausland deponieren. Dies sei ein Verzug, dem man steuern müsse, und zwar im Zusammenwirken mit der deutschen Regierung, wenn man es mit einiger Aussicht tun wolle, den deutschen Bankrott zu vermeiden.

## Gerhart Hauptmann Reichspräsident?

Ein Teil der deutschen Künstler- und Literatenverbände geht mit dem Gedanken um, zur kommenden Reichspräsidentenwahl Gerhart Hauptmann als Kandidaten aufzustellen.

Man tritt Gerhart Hauptmann nicht zu nahe, wenn man offen auspricht, daß dieser Gedanke einem vollkommenen Mißverständnis der Demokratie entspringt. Gewiß soll die Demokratie die geistigen Größen des Volkes ehren, aber sie kann das nicht tun, indem sie diese auf Posten beruft, denen sie nicht gewachsen sind. Die Athener wählten Sophokles nach der Aufführung der „Antigone“ zum Feldherrn und betrauten ihn mit diplomatischen Missionen, aber sie haben damit weder zu seinem Ruhm noch zum Wohl des Staates etwas beigetragen. Durch die Wahl Gerhart Hauptmanns zum Reichspräsidenten würde weder der Dichter noch das Deutsche Reich etwas gewinnen, denn der Reichspräsident ist nicht eine bloße Verzierung der Republik, sondern er soll ein Staatsmann sein, der in entscheidenden Augenblicken handelnd eingreift. Dazu gehören nicht nur allgemeine geistige Gaben und ein glänzender Name, sondern noch vielmehr die entsprechenden Kenntnisse und Erfahrungen. Auf den Gedanken, in ein hochpolitisches Amt einen ausgeprochenen Nichtpolitiker zu berufen, können nur Leute kommen, die selber politisch so unerfahren sind, wie ein großer Teil unseres Literaten- und Künstlertums.

## Ledebour für Oberschlesien.

In der „Freiheit“ veröffentlicht Ledebour einen Artikel über Oberschlesien, der die lebhafteste Beachtung ganz besonders auch des Auslandes verdient. Der unabhängige Führer weist mit zwingenden Gründen nach, daß der Friedensvertrag eine Teilung Oberschlesiens je nach dem Ausfall der Abstimmung in den einzelnen Gebieten gar nicht beabsichtigt haben kann. Nach Artikel 83 hat Deutschland einen Teil des Leobischauer Kreises an die Tschechoslowakei abzutreten, falls infolge der deutsch-polnischen Grenzfestsetzung dieser Teil den Zusammenhang mit Deutschland verlieren sollte. Nun sind die angrenzenden Teile des Abstimmungsgebietes nahezu rein deutsch, ein Ergebnis zugunsten der Polen war hier auf keinen Fall zu erwarten. Es bestand also die Absicht, diese Grenzstriche den Polen zuzuweisen, obwohl ihre Entscheidung für Deutschland von vornherein sicher war, wenn nur die Selbstaufgabe in Oberschlesien für Polen ausfiel. Es kam nun aber anders. Ledebour sagt darüber weiter:

Als nun wider Erwarten der Entente-Staatsmänner die Abstimmung für ganz Oberschlesien eine Dreifünftelmehrheit zugunsten Deutschlands ergab, hätte die korrekte Anwendung der Selbstbestimmten des Friedensvertrages nunmehr auch die Entente-Staatsmänner zwingen müssen, ganz Oberschlesien an Deutschland zu überweisen. Da die Franzosen in Uebereinstimmung mit ihren polnischen Bundesgenossen sich gegen eine solche lokale Durchführung der von ihnen selbst formulierten Friedensbedingungen sträubten, wurde die Entscheidung verschleppt. Die Franzosen selbst und die Polen verlangten nunmehr trotz der Abstimmung und trotz des Friedensvertrages die Zerstückelung Oberschlesiens ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Zusammenhänge des gerade in den westlichen Landesteilen gelegenen Industriegebietes.

Das unerquickliche Schauspiel, das der Jant um die verschiedenen Teilungslinien bietet, ist ein neuer Beweis dafür, daß den imperialistischen Staatsmännern das Recht, auch das von von ihnen selbst geschaffene Recht, nur Dekmantel ist für die Beerdigung ihrer Machtgelüste. Der Völkerverbund indes, der in der Mehrheit seiner Mitglieder nicht direkt interessiert ist an der Länderverteilung in Oberschlesien, wird nun in nächster Zeit den Beweis abzulegen haben, ob er das durch den Friedensvertrag selbst geschaffene Recht zur Geltung bringen will.

Durch diese Beweisführung werden diejenigen vollkommen geschlagen, die heute so tun, als müßte jedes Dorf, deren Einwohner für Polen gestimmt haben, auch wirklich Polen zugehört werden. Ledebours Ausführungen sind das Stärkste, was zugunsten der Unteilbarkeit Oberschlesiens gesagt worden ist.

Deutschland hat in einer Note an den Völkerverbund gegen die Verordnung der Regierungskommission des Saargebietes protestiert, die den vertragswidrigen Begriff „Saarländer“ eingeführt hat.

## München—Berlin.

Unter dieser Überschrift bemerkt die „Germania“ recht treffend:

„Was hat denn, so darf man wohl einmal offen fragen, die gegenwärtige Spannung zwischen Berlin und München überhaupt ausgelöst? Lehten Endes niemand anders als diejenigen Leute in Bayern, die trotz des Belagerungszustandes das rationäre Unkraut in die Halme mischen ließen, sich darüber freuten und es noch eifrig mit einer künstlichen Volksverehrung pflanzten. In Bayern ist tatsächlich mit zweierlei Maß gemessen worden. Gegen die radikalen Arbeiter wurde der Polizeihäkel eingeleitet, gegen die schlimmsten reaktionären Auswüchse, gegen die Verherrlicher des politischen Nordes, die Aufreizungen zu Gewalttaten von rechts gab es Bergehungen, womöglich mit vornehmer Schwelung des Zylinderhutes. Die christlichen Arbeiter, die sich noch ein politisches Urteil bewahrt hatten, wurden von Tag zu Tag verbitterter, daß sie als Dekmantel für solche Art zu regieren benutzt werden sollten. Der Nord an Erzberger hat dann wie ein Schlaglicht die tatsächliche Lage enthüllt. Gewisse bayerische Kreise merkten endlich, wohin die Verhegung lehten Endes führen mußte.“

## Der Untersuchungsausschuß.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Der Zeuge Oberpräsident Bayer, der erklärt hat, gegen die Befähigung unabhängiger Amtsvorsteher Bedenken gehabt zu haben, wird vom Abg. Christange (WZ.) gefragt: Hätten Sie die gleichen Bedenken, wo es sich um einen extrem rechtsstehenden Persönlichkeit handelte, daß auch Sie nicht für diese Ämter geeignet seien? — Zeuge: Ich bin nicht verpflichtet, auf diese Frage zu antworten. — Abg. Dr. Dieblich (WZ.): Ich stelle fest, daß der Zeuge jede ihm vorgelegte Frage zu beantworten hat.

Der Vorsitzende hält die Frage des Abg. Christange für zulässig. — Abg. Dr. v. Dröner: Ich bin der Ansicht, daß ein Deutschnationales, der zum Verfassungsverbruch auffordert, nicht geeignet ist, von einem Oberpräsidenten des heutigen Reiches bestätigt zu werden. Die Zugehörigkeit zur Deutschnationalen Partei, die sachgemäß auf dem Boden der Verfassung steht, ist dagegen kein Grund zur Verfolgung der Befähigung. — Abg. Dr. Dieblich: Mit Rücksicht auf die Bedenken, die der Zeuge im Hinblick auf die Befähigung von Angehörigen der Unabhängigen Partei geäußert hat, lege ich Wert darauf, zu hören, wie er gegenüber den Vertretern der äußersten Rechten verfahren sein würde. — Zeuge: Ich würde nach den gleichen Grundsätzen verfahren sein. — Vorsitzender: Sind Fälle vorgekommen, in denen Sie die Befähigung rechtsstehender Amtsvorsteher aus diesen Gründen verweigert haben? — Der Zeuge verneint dies.

Es wird sodann die Polizeiaktion, speziell die Reinigungsverschiedenheit zwischen dem Oberpräsidenten und dem Zeugen über die Polizeiaktion gestreift. Zur Frage der Organisation der Schupo äußert er: Die aus Berlin gekommene Polizei habe einen besser disziplinierten Eindruck gemacht als die sächsische. Das Eingreifen der Reichswehr habe er für notwendig gehalten, solange die Polizei noch nicht stark genug war. Der Oberpräsident und der Regierungspräsident waren anderer Meinung. Damit ist die Vernehmung des Zeugen beendet und der Ausschuß unterbricht die Sitzung auf eine Stunde.

Gegen 2 Uhr eröffnet der Vorsitzende Kutner die Sitzung wieder. Als Zeuge wird Ministerialdirektor Abegg vernommen. Der Zeuge kann über das Vorhandensein einer Roten Armee nicht viel mitteilen, da die Nachrichtenamtung Aufgabe des

### Staatskommissariats für öffentliche Ordnung

ist. Die Vorgesetzten der Reichsstellen sind ihm aber vorgelegt worden, allerdings erst seit 1. Februar 1921. Die Trennung der Zuständigkeit des Ministeriums sei großen Bedenken bei dem Zeugen begegnet. Minister Seering habe daher schon längst die Verlegung des Staatskommissariats und der Polizeiverwaltung vorgelesen, und zwar für Ende 1920. Die Reichsstellen unterstehen dem Staatskommissar unmittelbar. Jede Exekutive ist dem Staatskommissariat entzogen, es ist nur Reichsamtsstelle.

Der Zeuge gibt dann eine ausführliche Darstellung der Befugnisse der

### Zollkommissare bei der Schupo.

In Berlin haben sie sich gut bewährt. Dagegen habe das Auftreten des Beigeordneten Kunzemann, der in Regensburg tätig gewesen ist, nicht das gewünschte Ergebnis gehabt. Eine Handhabe zum Einschreiten gegen ihn sei aber nicht gegeben gewesen. Ueber die Tätigkeit Kunzemanns während der Unruhen ständen sich die Zeugen aus. Kunzemann sei sehr wohlwollend gegenüber. Er soll sich zu sehr in die persönlichen Verhältnisse der Beamten der Schupo eingemischt haben. Verschiedene Richtlinien des Generals von St. Ange sind dem Zeugen nicht bekannt, sie werden gegen die Anordnungen des Ministeriums verstoßen haben. Dem Beigeordneten Kunzemann sei allerdings kein Vorwurf daraus zu machen, daß er sich an die Richtlinien seines direkten Vorgesetzten, des Generals von St. Ange, gehalten hat. — Vorsitzender Kutner stellt fest, daß von anderer Seite die Tätigkeit Kunzemanns sehr gelobt worden sei.

Ueber die Polizeiaktion selbst äußert sich Ministerialdirektor Abegg: Zunächst glaube man nicht, daß geradezu ein Zustand in Sachsen drohte, wenn auch auf die Gefahr des öfteren hingewiesen wurde. Ein starkes Polizeiausgebot verbot sich aus außen- und innenpolitischen Gründen. Es wurde eine Verchiebung der Polizeitruppen vorgenommen. Die Aktion ist vom Ministerium zentral geleitet worden mit Hilfe einer gleich bei Beginn des Aufstandes eingesetzten besonderen politischen Meinung. — Abg. Dr. Dieblich macht auf den Widerspruch aufmerksam, der darin liege, daß die Aktion in Eisen unternommen wurde, während der Herd der Unruhen in Weuna lag, und andererseits Feldbeschießungen im März nicht gerade eine große Rolle zu spielen pflegen. — Berichterstatter Dr. v. Dröner schließt sich, der Ansicht Dr. Dieblich an. (Heiterkeit.)

Ueber die Leistungsfähigkeit der sächsischen Schupo befragt, erklärt der Zeuge: ein objektiver Unterschied sei schwer zu machen. Zahlreiche Polizeioffiziere waren der Ansicht, daß die sächsische Schupo politisch zurückgefallen habe. Innerhalb des Offizierkorps habe eine Spaltung bestanden, namentlich eine bedauerliche

### Hebe gegen Major Joffe.

weil er aus der blauen Polizei hervorgegangen ist. Der Zeuge behauptet auf Befragen des Vorsitzenden, daß der Wert einer Polizeitruppe nicht nach rein militärischen Gesichtspunkten zu beurteilen ist, da die Polizei andere Aufgaben hat als das Militär. Sie soll nicht den „Feind“ schlagen, sondern nach Möglichkeit Unruhen vorbeugen. — Auf Befragen durch Dr. v. Dröner bekräftigt der Zeuge, daß Oberpräsident Hörning große Stücke auf Joffe hielt.

Zur Frage der Zuziehung von Reichswehr bekräftigt der Zeuge, daß

alle beamteten Stellen, auch die Polizeioffiziere, dagegen waren. — Dr. v. Dröner: Hat die Reichsregierung die Verwendung von Reichswehr vorgeschlagen? — Zeuge: Ich habe von den Sitzungen des Reichskabinetts teilgenommen. Man war sich darüber einig, daß die Reichswehr nur als Reserve heranzuziehen sollte. Daß der Reichswehr verboten worden sei, Hilfszwecke zu leisten, glaubt der Zeuge nicht. — Abg. Heidenreich behauptet, Oberpräsident Hörning habe eine Amnestie für Waffenbesitzer erlassen, die den Reichsgesetzen widerspreche. — Es wird beschlossen, den Erlaß in der nächsten Sitzung zu ermitteln.

Demit ist die Vernehmung des Ministerialdirektors Abegg abgeschlossen. Am Sonnabend um 10 Uhr sollen Entwaffnungskommissar Dr. Peters und Oberregierungsrat Freytag vernommen werden.

# Gewerkschaftsbewegung

## Vom Internationalen Arbeitsamt.

Das Organ des Internationalen Gewerkschaftsbundes — „Die Internationale Gewerkschaftsbewegung“ — brachte in ihrer jüngsten Ausgabe (1. Jahrgang, Nr. 4) einen beachtenswerten Artikel von A. Dudgeest über „Die Gewerkschaften und das Internationale Arbeitsamt“. Er führt darin aus: Soll das Arbeitsamt zu Macht und Einfluß gelangen, dann bedürfte es der Unterstützung all derer, die zu ihm in Beziehung stehen. Ein derartiges Institut mit einer so ausgebreiteten Einflußsphäre und einem Wirkungsbereich, wie ihn nur wenige soziale Organe aufweisen, könne dieser Unterstützung nicht entbehren. Die Propaganda für das Arbeitsamt unter der Arbeiterklasse sei äußerst schwach. Ueber die Tätigkeit des Arbeitsamtes, d. h. über den Kampf der dort zwischen der Arbeitergruppe auf der einen und den Gruppen der Unternehmer und Regierungen auf der anderen Seite geführt wird, werde in der Arbeiterpresse zu wenig berichtet. Man gewinne den Eindruck, daß man in der Presse über das Bureau am liebsten schweigen möchte, um dem Geschrei der Kommunisten zu entgehen, das Arbeitsamt benütze die Gewerkschaften zu Handlungsdiensten für die Bourgeoisie und die Kapitalisten. Nun, diese Rücksicht besteht bei der sozialdemokratischen Presse sicherlich nicht. Sie wäre ja auch lächerlich und vergeblich, da die Kommunisten so wie so schimpfen; wenn nicht über dieses, dann über jenes. Tatsache ist, daß die Presse über die Vorgänge im Arbeitsamt nicht gehörig informiert wird.

Die Schaffung des Internationalen Arbeitsamtes schildert Dudgeest als das Ergebnis jahrelanger Bemühungen der Arbeiterklasse, der Kämpfe um ein Verbot des weißen Phosphors und des Bleiweiß, um die Einführung des gesetzlichen Achtstundentages, die Arbeitslosen-, Invaliditäts-, Alters- und Mutterschaftsversicherung. Das Arbeitsamt sei auf Drängen der Arbeiterorganisationen und um sie aufleben zu lassen, ins Leben gerufen worden, weil die Arbeiterklasse sich einen Ausbau der Sozialgesetzgebung auf internationaler Grundlage davon versprach. Dieser Ausbau sei aber nur dann möglich, wenn die Arbeiterorganisationen selber für das Arbeitsamt die notwendige Propaganda machen.

Wenn jetzt in gewissen Kreisen unsere Teilnahme an den Arbeiten des Internationalen Arbeitsamtes als Unterstützung der Bourgeoisie oder der Kapitalisten qualifiziert wird, so möchten wir doch bemerken, daß diese Arbeit nichts anderes ist, als die konsequente Weiterführung der von der Gewerkschaftsbewegung Europas von Beginn an verfolgten Politik, wobei Unternehmern und Regierungen Schritt für Schritt ein Teil ihrer Macht genommen wird. Und über die Position der Gewerkschaften im Arbeitsamt sagt Dudgeest, daß die Regierungen mit den Unternehmern zusammen, obwohl sie über doppelt so viele Sätze verfügen als die Arbeiter, im Verwaltungsrat keinen überragenden Einfluß haben. Ebenfalls lasse sich behaupten, daß die Arbeitervertreter im Internationalen Arbeitsamt irgendein Prinzip preisgeben oder die Machtposition der Arbeiterorganisationen geschwächt und das revolutionäre Auftreten der Arbeiterklasse gefährdet wird. Niemand muß feststellen, daß die Regierungen und Unternehmer die vollkommen im Fahrwasser der Reaktion treiben und ihre während des Krieges gemachten Zugeständnisse bereuen, sich enthalten bemühen, die Bedeutung des Arbeitsamtes zu schmälern und ihm eine möglichst konservative Richtung zu geben.

Der Widerstand der Regierungen gegen soziale Maßnahmen und der noch heftigere Widerstand der Unternehmer, deren arbeitsersehbare Haltung, sei eine Warnung für die Arbeiterklasse, keine Vorsicht außer acht zu lassen. Entweder will sie das Arbeitsamt unterstützen — dann muß sie es bis zum äußersten verteidigen — oder sie muß jede Mitarbeit überhaupt aufgeben. Es sei jedoch bedenklich, eine einmal besetzte Position angesichts des Feindes zu verlassen.

Die Reaktion ist überall am Werke, um dieses Unternehmen, das auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung gleichsam die Rolle des Sturmbocks gegen Regierungen und Arbeitgeberübermacht übernimmt, zu schädigen und womöglich zu vernichten. Auf diesem Wege suche das Unternehmertum das während des Krieges verlorene Terrain wieder zu gewinnen und die Arbeiter ins alte Sklavengleich zu zwingen.

Die Arbeiterklasse hat also das größte Interesse an der Erhaltung und der Wirksamkeit des Internationalen Arbeitsamtes. Dudgeest läßt aber die Regierungen nicht im Zweifel darüber, daß, wenn sie die Beschlüsse der Arbeitskonferenzen missachten, die Arbeiterklasse die längste Zeit am Internationalen Arbeitsamt mitgearbeitet haben wird.

## Die Lohnbewegungen in den Gemeindebetrieben.

### Die Arbeiter nehmen den Schiedspruch an.

Das Lohnkartell für die Gemeindebetriebe hatte zu Freitag eine Funktionärskonferenz einberufen, in der Polenske Bericht von den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß erstattete. Im Auftrage des Lohnkartells und der Tarifkommission empfahl er den Funktionären die Annahme des von uns gestern mitgeteilten Schiedspruches. Maßgebend dafür ist die Rücksicht auf die allgemeine wirtschaftliche Lage und die politische Situation. In der Diskussion sprachen sich die meisten Redner für die Annahme des Schiedspruches aus. Gegen eine starke Minderheit wurde be-

schlossen, am Sonnabend, Sonntag und Montag eine Urabstimmung vorzunehmen und für diese der Kollegenschaft die Annahme des Schiedspruches zu empfehlen.

Nach diesem Ergebnis ist unzweifelhaft mit der Annahme des Schiedspruches durch die städtischen Arbeiter zu rechnen.

## Trohender Streik der Angestellten.

Entsprechend dem Beschluß ihrer Funktionärskonferenz haben gestern die Angestellten in allen städtischen Werken eine Urabstimmung über Eintritt in den Streik vorgenommen. Das Abstimmungsresultat ergab eine Mehrheit von 95 Proz. für den Streik, so daß bestimmt mit dem Ausbrechen desselben zu rechnen ist, wenn nicht der Magistrat, der am Sonnabend, mittags 12 Uhr, zu einer außerordentlichen Magistratsitzung zusammentritt, seinen ablehnenden Standpunkt ändert. Inzwischen hat auch der Demobilisierungskommissar die Verbindlichserklärung des Schiedspruches vom 19. August ausgesprochen und damit zum Ausdruck gebracht, daß die Weigerung des Magistrats, einen Tarifvertrag für die Angestellten der städtischen Werke abzuschließen, gänzlich unhaltbar ist.

Trotz der unter den Angestellten herrschenden begrifflichen Erregung, die durch die lange Hinzuziehung der Verhandlungen noch erheblich gesteigert wurde und trotz des überwältigenden Abstimmungsergebnisses hat der Streikausbruch gemeinschaftlich mit den Gewerkschaftsvertretern beschlossen, auch noch das Ergebnis dieser Magistratskonferenz abzuwarten.

Die Funktionäre der städtischen Elektrizitäts- und Gaswerke und der Häfen werden am Sonnabendnachmittag um 1 Uhr in Wolfshägers Vereinshaus, Landsberger Str. 89, zu dem Beschluß des Magistrats Stellung nehmen.

Die Beschäftigten des Potsdamer Elektrizitätswerkes ist gestern nachmittag in den Streik getreten, weil die Direktion sich weigerte, ein arbeitsvertragliches Betriebsratsmitglied wieder einzustellen. Angeblich soll sich der Entlassene Unzufriedenheiten zuschulden kommen lassen haben und daraufhin im ordentlichen Verfahren seines Amtes enthoben worden sein. Weder die Licht- noch die Stromzufuhr für die Straßenbahn werden von dem Streik betroffen.

## Streik der Kinovorführer.

Im Laufe des gestrigen Tages hat der Streik in der Filmindustrie infolge einer Verschärfung erfahren, als nunmehr auch die Vorführer mit sofortiger Wirkung den Streik für alle Betriebe, die im Verband der Lichtspieltheaterbetreiber zusammengeschlossen sind, erklärt haben. Lediglich in den Kinoteatern der Ufa, Decca, Biostop und einigen anderen großen Konzernen wird bis zum Sonntagabend weitergeführt. Ist bis dahin eine Einigung nicht erfolgt, soll der Streik auch in den Konzerntheatern proklamiert werden.

In der Filmindustrie selbst hat sich bis zur Stunde die Lage nicht wesentlich verändert. Weder von den Arbeitgebern noch von den Arbeitnehmern sind Schritte zur Einleitung von Verhandlungen getreten. Die Streikleitung will daher, falls sich eine Annäherung nicht erzielen läßt, den Streik verschärfen und auch diejenigen Betriebe einschließen, die bereits die Forderungen der Arbeitnehmerorganisationen anerkannt haben. Der Verband der Deutschen Filmindustriellen hat am gestrigen Freitagnachmittag zu der durch den Streik der Vorführer neu geschaffenen Lage Stellung genommen.

Heute 12 Uhr findet eine Streikversammlung sämtlicher in der Filmindustrie und in den Theaterbetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten im Gewerkschaftshaus statt, in welcher erneut zu der Streiklage Stellung genommen wird.

## Lohnbewegung der Elektro-Droschkenführer.

In zwei Brandenburger Versammlungen der Elektro-Droschkenführer erkrankte der Brandenburger Lauch und Bericht über die mit den Unternehmern stattgefundenen Tarifverhandlungen. Für den Beschluß eines neuen Tarifes wurde ein Grundlohn von 10 M. pro Schicht und 30 Proz. der Gesamteinnahme sowie Freigabe der Wagenwaiselkosten durch die Unternehmer gefordert. Ebenso sollte bei Wagenbesatz auf der Straße für die ersten zwei Stunden keine Entschädigung, für jede weitere Stunde 0.50 M. gezahlt werden. Die Unternehmer erklärten jedoch diese Forderungen für unannehmbar und wollten bei Freigabe der Wagenwaiselkosten zu den jetzt gezahlten 20 Proz. nur 2 Proz. zulegen, also nur 22 Proz. der Gesamteinnahme ohne jeden Lohn zahlen. Dies würde einen Wochenlohn von 230 M. ausmachen. Auch lehnten die Unternehmer die Forderung betr. Wagenbesatz ab. So schlugen die Verhandlungen fehl.

Mit dem Verhalten der Tarifkommission erklärten sich beide Brandenburger Versammlungen einverstanden. Sie beschloßen, an den gestellten Forderungen festzuhalten. Nähere erneute Verhandlungen mit den Unternehmern zu keinem Resultat, sollen die Forderungen sofort beim Schlichtungsausschuß angemeldet werden, mit dem hinzuzufügen, daß die Eigenart der Verhältnisse im Beruf es notwendig erscheinen lasse, so schnell als möglich wieder zu einem Tarifverhältnis zu kommen.

## Berufsgenossenschaften und Koalitionsrecht.

Zu einer einflussreichen Kundgebung für das Koalitionsrecht der Angestellten der Berufsgenossenschaften gestaltete sich die Versammlung derselben am Donnerstagabend in den „Kammerkellen“. Die Versammlung beschloß sich ausschließlich mit der in Nr. 420 des „Vorwärts“ bereits geschilderten Mahreglung des

Schriftführers Bachmann vom Verband der Beamten und Angestellten durch die Nordöstliche Baugewerkschaftsgenossenschaft in Berlin-Wilmersdorf.

Der Referent, Kollege Veyer, zeigte in seinen Ausführungen zunächst den Zusammenhang der Dinge, woraus ganz deutlich hervorgeht, daß die gegen B. gerichteten Maßnahmen ausschließlich seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit im Dienste der Organisation gelten. Es handelte sich hier einfach um einen schweren Eingriff in die gesetzlich gewährte Koalitionsfreiheit. Welcher „Ehrenmann“ das vertrauliche Schreiben der Verwaltung in die Hände gespielt habe, sei leider noch nicht festgestellt. — Allzu häufig habe man, so führte der Redner weiter aus, in neuerer Zeit Mahregelungen verzeichnen müssen. Das Solidaritätsgefühl der Angestellten sei aber endlich erwacht und man werde es nicht länger mehr dulden, daß in solcher Weise gegen einen Angestellten verfahren werde. Was heute dem einen, könne morgen dem anderen passieren. Baumeister Feuer habe dem Kollegen Bachmann erklärt, daß die Herren Dr. Martius und Dr. Römer vom Arbeitgeberverband deutscher Berufsgenossenschaften, sowie Regierungsrat Westphal, Verwaltungsdirektor der Norddeutschen Holzberufsgenossenschaft, darauf bestanden, daß „gründlich durchgegriffen“ werden müsse. Von anderer Seite sei gefordert, daß die Herren sogar mit ihrem Rücktritt gedroht hätten, wenn die in Rede stehende Mahreglung nicht durchgeführt werden sollte. (Lachen.) Aber Dr. Römer mit seinem Gehalt denke wohl schwerlich an Rücktritt. Man habe Bachmann den Rat gegeben, er möge sich schuldig bekennen, und dabei durchblicken lassen, daß dieses für ihn vorteilhafter wäre. Darauf sei Bachmann aber nicht eingegangen, denn er würde in seiner Berufsgenossenschaft Stellung finden. Redner bezeichnete schließlich die Mahreglung als einen Schlag ins Gesicht aller Angestellten und forderte die Versammlung zu schärfstem Protest hiergegen auf. (Lebhafte Beifall.)

Wille von der Reichsversicherungsanstalt trat warm für die Rechte der Angestellten ein und Helmen von Vorstand des Zentralverbandes der Angestellten erklärte, daß man nicht eher ruhen dürfe, bis das Koalitionsrecht gesichert sei. Nachdem noch mehrere Redner im gleichen Sinne gesprochen hatten, wurde nachstehende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die Versammlung erhebt hiermit einstimmig schärfsten Protest gegen die Willkür des Arbeitgeberverbandes und der Berufsgenossenschaftsverbände, wie sie sich in letzter Zeit bereits in der Kündigung verschiedener Angestellter, die vor ihrer lebenslänglichen Anstellung standen, gezeigt hat.“

Insbesondere aber wird ganz energisch gegen die Mahreglung des Kollegen Bachmann vom der Nordöstlichen Baugewerkschaftsgenossenschaft Protest erhoben. Diefelbe stellt eine unerhörte Verletzung der dem Angestellten gemäß Artikel 159 der Reichsverfassung gewährten Rechte dar.

Das Reichsarbeitsministerium, das Reichsversicherungsamt und der betreffende Berufsgenossenschaftsvorstand werden aufgefordert, unverzüglich die Disziplinierung des Kollegen Bachmann aufzuheben, anderenfalls die sämtlichen Berufsgenossenschaftsangehörigen fest entschlossen sind, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Wiedereinstellung des Kollegen Bachmann zu erzwingen.

Die unterzeichneten Verbände erwarten bis zum 15. September d. J. Antwort auf diese Resolution.“

Verband der Beamten und Angestellten der Reichsunfallversicherung, Zentralverband der Angestellten, Fachgruppe für Berufsgenossenschaften.

Die Beamtenrätewahlen bei der Eisenbahn. Nach Mitteilung des Deutschen Eisenbahnerverbandes ergab die Wahl bei 5 städtischen Betriebsdirektionen folgendes Resultat: Deutscher Eisenbahnerverband 8098, Reichsgewerkschaft 4875, Gewerkschaft deutscher Eisenbahn- und Staatsbediensteter 2738 Stimmen.

Zum Streik der französischen Textilarbeiter. Die Arbeitgeber hatten zu Verhandlungen einen einzigen Vertreter geschickt, der die Vorschläge der Arbeiter zurückwies. Die Arbeitervertreter beschloßen die Weiterführung des Streiks und die Berufung des Exekutivkomitees des Gewerkschaftsbundes, um für Rubail und Courcoing des Generalkonflikts zuzustimmen.

Baugewerkschaft! Laut Verordnung der Erwerbslosenfürsorge sind die Unterstützungssätze vom 1. August ab erhöht worden. Da die erhöhten Sätze erst später ausgezahlt wurden, so konnte an die Kollegen, die inzwischen in Arbeit getreten waren, die Auszahlung bisher nicht erfolgen. Wir ersuchen somit alle Kollegen, die die erhöhten Unterstützungssätze noch nicht erhalten haben, dieselben umgehend in unserem Bureau abzuholen. Der Vereinsvorstand.

Ehemalige Siemensarbeiter (1919), die an der am 31. August 1921 stattgefundenen Versammlung nicht teilgenommen haben und Wert darauf legen, an der Klage beteiligt zu sein, werden ersucht, ihre Adresse innerhalb 8 Tage an den Kollegen Grau, Metallarbeiterverband, Linienstr. 43/55, einzusenden.

Gewerkschaftskommission Steglitz. Die Beifigungsfeier des Genossen Regener im „Albrechtshof“ ist heute um 2 1/2 Uhr, nicht um 4 Uhr.

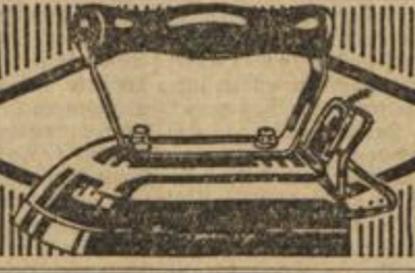
SPD.-Arbeiter und -Angestellte des Postfachamts versammeln sich Sonntag früh 9 Uhr Schlichtersieg, Schiffbauerdamm 12.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Viktor Schiff, Berlin; für Anzeigen: H. Meier, Berlin. Verlag: Norddeutscher-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Godefr. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt „Vorwärts“, Berlin. Einmal 4. So., Berlin. Einmal 2. Preis 1. Beilage.

Neu:

# DEGEA

mit Aufstell-Vorrichtung



Das Qualitätseisen  
bequemes sauberes Bügeln  
Ohne Eisenwechsel - Keine überflüss. Hitze  
Keine Ermüdung des Handgelenks  
Überall erhältlich  
Auerlicht Gesellschaft  
Berlin O 17

Unsere Neuheiten in Herren- und Damen-Garderoben  
Anzüge, Cutaways, gestreifte Hosen, Raglans, Damenmäntel, Kostüme, Röcke, Kleider usw. sind eingetroffen. Durch günstigen Abschluss Verkauf noch zu alten, niedrigen Preisen auf bequeme Teilzahlung  
Grebler, Berlin N., Weinbergsweg 4 am Rosenthaler Pl.  
Einsparungsanzüge in großer Auswahl am Lager

# 5% Neckar-Anleihe

M. 350,000,000.— 5% im ganzen Reiche mündelsichere Anleihe der Neckar-A.G.  
(Aktienkapital M. 300,000,000.—)

mit dem Recht auf hypothekarische Eintragung auf den zu erstellenden Kraftwerken  
garantiert durch das Reich und die Länder Württemberg, Baden und Hessen

## Ausgabekurs 99%

Anmeldungen nehmen alle deutschen Banken, Bankiers und Sparkassen entgegen, bei ihnen sind auch die ausführlichen Prospekte jederzeit erhältlich

### Zeichnungsschluß 15. September

### Nugeisen jeder Art:

Rund-, Flach-, Quadrat- u. Band Eisen,  
Gas-Siede-Rohre, T-Träger u. U-Eisen,  
Feldschmieden und Ambosse  
sowie ab Lager lieferbar

Felix Kohls, Berlin C. 25, Dirksenstr. 12,  
Berlinerstr. 12072. Gde. Voltzstr. 12073.